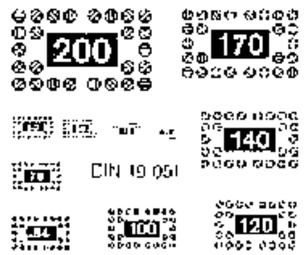

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek

CL
III 19

SOZIALDEMOKRATISCHE

PARTEI

DEUTSCHLANDS

AKTIONSPROGRAMM

ÄNDERUNGSENTWURF

DER

PROGRAMMKOMMISSION

A28875
PV 11892
Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

A28875

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	[illegible]
Ziele und Aufgaben	
Außenpolitik	[illegible]
Berlin wieder Hauptstadt	[illegible]
Innenpolitik	14
Wirtschaftspolitik	18
Finanz- und Steuerpolitik	30
Sozialpolitik	32
Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Vertriebenenpolitik)	[illegible]
Kulturpolitik	47

VORWORT

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Dazu war nach ihrer Meinung notwendig, die Zusammenarbeit mit den anderen freiheitlichen Faktoren in der Welt anzustreben, unter keinen Umständen aber die Deutschen in die Position der Unterworfenen sinken zu lassen.

In der deutschen Sozialdemokratie lebte die Erkenntnis Léon Blums: „Es gibt kein Freies Proletariat in einem geknechteten Volk. Es gibt keine freien Menschen, wenn nicht alle Menschen frei sind, und es gibt kein freies Vaterland, wenn nicht alle Vaterländer frei sind."

Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.

Wenn man heute in Deutschland so tut, als ob alles, was seit 1945 geschehen ist, das Ergebnis der Tätigkeit der Bundesregierung sei, dann muß hier festgestellt werden: In den Jahren von 1945 bis 1949 hat es noch keine Bundesregierung gegeben, und damals sind die entscheidenden Stellungnahmen der Deutschen erfolgt. Fast immer war es die Sozialdemokratie allein, die hier eindeutig Stellung genommen hat.

Die Sozialdemokratie erklärte bereits 1945, daß sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkenne.

Bei der Abwehr des Bemühens der sowjetischen Besatzungsmacht, die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu erzwingen, hat die Sozialdemokratie diesen Abwehrkampf allein geführt, ohne daß ihr von irgendeiner Seite dabei Hilfe zuteil geworden wäre.

Die Sozialdemokratie war sich stets darüber klar, daß ihre Abwehr des östlichen Totalitarismus und die geistige Gewinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie nur dann möglich und von dauerndem Erfolg sein würde, wenn sie diese Abwehr aus einem demokratischen und nationalen Selbstbewußtsein heraus führt. Die Politik der deutschen Demokratie darf nicht eine Funktion der westlichen Besatzungsmächte sein.

Die Probe auf das Exempel war die Schaffung des Grundgesetzes 1949. Wenn es nach dem Erkenntnisvermögen und der Haltung der Parteien gegangen wäre, die heute die Bundesregierung bilden, vor allem der CDU/CSU und der DP, dann wäre ein neuer Rheinbund entstanden, wie ihn mindestens zwei der drei westlichen Alliierten gewollt haben. Nur durch die Sozialdemokratie ist ein Grundgesetz zustande gekommen, das diese Bundesregierung überhaupt erst funktionsfähig gemacht hat.

Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben. Die Politik der Bundesregierung geht dahin, die Mitwirkung des Volkes nach Möglichkeit auszuschalten. Die Politik der Sozialdemokratie will die Aktivierung der Menschen bei der Gestaltung ihres Schicksals. Die Bundesregierung versucht, die parlamentarische Demokratie in der Praxis auszuschalten und den autoritären Verwaltungsstaat zu etablieren. Heute ist bereits das Etatrecht des Parlaments bedroht.

Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewußtsein und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein. Die Stärke der Freiheit ist nicht nur in Divisionen zu sehen.

Die freie Entschlußfähigkeit der Deutschen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, und der Wille zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Boden tatsächlicher Gleichberechtigung sind für die sozialdemokratische Politik bestimmend. Hier lassen sich Innen- und Außenpolitik nicht trennen.

Es ist eine verantwortungslose Propagandaparole, heute zu behaupten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung dieselbe Politik machen würde wie die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Voraussetzungen aus und strebt auf anderen Wegen auch anderen Zielen zu. Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel.

Die ganze Konzeption der Sozialdemokratie geht davon aus, daß die Zukunft des deutschen Volkes auf seiner Leistungskraft beruht. Zweimal in einer Generation hat der deutsche Arbeiter die Trümmerberge wegräumen müssen, die eine wahnwitzige Machtpolitik hinterließ. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler mußten immer wieder mit vorbildlicher Leistung das Ansehen des deutschen Volkes zurückerobern, das durch nationalistischen Größenwahn verspielt worden war.

Die deutsche Jugend darf nicht das Gefühl bekommen, daß die Demokratie verknüpft sein soll mit nationalem Niedergang.

Darum sind wir aus nationalen Notwendigkeiten die Feinde des Klassenkampfes von oben, der heute in Deutschland alle Ansätze zu einer wirklichen Gemeinschaftsbildung zerstört. Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muß gebrochen werden, um die Bahn freizubekommen für eine Entwicklung der freien Menschen und Staatsbürger und der Freiheit der Nation.

Als das große nationale Ziel der Gegenwart sieht die Sozialdemokratie die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden an. Sie wird jeden Versuch abwehren, die Verschmelzung von Teilen Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Wir wollen die Gemeinschaft. Jede Gemeinschaft beginnt für uns aber mit der Gemeinschaft mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Saargebietes.

Alles, was bisher in den einzelnen Teilen Deutschlands geschehen ist, hat nur provisorischen Charakter. Die Provisorien können nichts Definitives für das ganze deutsche Volk schaffen. Nur das vereinigte deutsche Volk ist dazu berechtigt, die endgültigen Formen seiner Politik und seiner Wirtschaft mit dem Blick nach vorn zu bestimmen und zu gestalten.

Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

Wir haben der Bundesregierung verschiedene Male mit ganz konkreten Vorschlägen eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Unsere Vorschläge sind von der Bundesregierung und ihren Parteien stets mit größerer Eile als von den Alliierten selbst abgelehnt worden, und zwar immer dann, wenn es um die tatsächliche nationale Gleichheit bei internationalen Verträgen ging. Diese Verweigerung der notwendigen nationalen Gemeinschaft in der Außenpolitik durch die Bundesregierung und ihre Parteien erfolgte aus klassenegoistischen Motiven.

Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist darum die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

Die Sozialdemokratische Partei sieht ihre Aufgaben darin, die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten zu sein. Internationalität ist die Zusammenarbeit tatsächlich gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Die Sozialdemokratie bekennt sich wie immer, so auch heute zu dieser Internationalität. Sie lehnt deshalb die nationale Selbstaufgabe ab, die jetzt den Deutschen auch von den Deutschen zugemutet wird. Die Sozialdemokratie weigert sich, die arbeitenden Menschen die Schuld büßen zu lassen, die der Großbesitz vor und nach 1933 auf sich geladen hat.

Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewußtsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute weitverbreiteten Neigung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung europäischer Gesinnung zu sehen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.

Bonn, am 20. Juli 1952. Kurt Schumacher

Lebendige Demokratie und echtes Staatsgefühl verlangen die ständige Teilnahme der Bürger an den Dingen des Staates. Diese Teilnahme setzt voraus, daß das gewählte Parlament die grundlegenden Entscheidungen der Regierung mitzubestimmen vermag.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird im Parlament nicht nur den Gesetzgeber, sondern ihren ständigen Berater und Kritiker sehen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung schaffen, die es den Menschen gestattet, von bloßen Objekten wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten zu Gestaltern ihrer Lebensordnung zu werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird sich nach innen und außen so verhalten, daß ihr Tun vom deutschen Volke ohne Verzicht auf Selbstachtung bejaht werden kann.

Ziele und Aufgaben

Die Menschheit steht am Beginn des Atomzeitalters. Kräfte sind entfesselt worden, die der Menschheit zu ungeahnter Entfaltung verhelfen, aber ebenso zu erbarmungsloser Zerstörung führen können. Die Menschheit steht vor der Selbstzerstörung, wenn es nicht gelingt, die machtpolitischen Gegensätze auf friedliche Weise zu überwinden. Zwei riesige Machtblöcke stehen, auch auf dem Boden des zerrissenen Deutschland, schwer bewaffnet einander gegenüber. Totalitäre Herrschaftssysteme bedrohen die Demokratie und die Menschenrechte. Im größten Teil der Welt herrschen Hunger, Armut und soziales Elend. Viele Völker sind gegen Ausbeutung und koloniale Unterdrückung aufgestanden und kämpfen für ihre Unabhängigkeit und Gleichberechtigung.

Jeder einzelne, jede Klasse, jedes Volk ist zur Entscheidung aufgerufen.

An dieser Wende bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschiedener denn je zu den großen Ideen der Demokratie und des Sozialismus — zur Befreiung des Menschen aus unwürdiger sozialer Abhängigkeit und geistiger Hörigkeit, zu einer Gesellschaft des Friedens und der Gerechtigkeit.

Im vorigen Jahrhundert haben Marx und Engels wissenschaftliche Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Seit dieser Zeit haben sich die Bedingungen für den kämpfenden Sozialismus tiefgehend gewandelt. Die Wissenschaft hat uns die Natur, den Menschen und die Gesellschaft in ungeahnter Weise erschlossen. Organisation und Technisierung aller Lebensbereiche haben aber neue Abhängigkeiten geschaffen, sie gefährden die Freiheit des Menschen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war stets bemüht, ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der geistigen Entwicklung zu überprüfen. Sie ist sich bewußt, daß sie ihre Ziele unter den gewandelten Bedingungen der Gegenwart verwirklichen muß. Sie wird dabei ihr Wesen und ihre Tradition niemals verleugnen. Sie hat im Kampf um die Menschenrechte und die Demokratie immer neue Generationen in sich vereint, ganz gleich, ob sie frei kämpfen konnte oder ob sie verleumdet und verfolgt Terror und Unterdrückung abwehren mußte. Viele ihrer Forderungen hat sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Das Gedenken an die unzähligen Opfer in diesem Kampf und an ihre großen Vorkämpfer Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und August Bebel bis zu Kurt Schumacher, Hans Böckler und Ernst Reuter werden ihr immer Verpflichtung bleiben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt nicht Sonderinteressen einzelner Gruppen. Ihr Ziel ist die Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus. Er allein ermöglicht allen Menschen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Die Sozialisten kämpfen deshalb für die Gleichberechtigung aller Menschen und für ihre geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit, die in der bestehenden Gesellschaft nicht verwirklicht werden kann.

Das Menschheitsziel des Sozialismus macht ihn zu einer internationalen Bewegung. Er anerkennt das Lebensrecht und die Freiheit jedes Volkes und jeder Gemeinschaft.

Er allein kann die verhängnisvollen Wirkungen bloßer Machtpolitik und imperialistischer Herrschaftsmethoden durch eine Gemeinschaft freier Völker überwinden, die auf den Grundlagen der Vernunft, Toleranz und Gerechtigkeit ruht.

Eine neue Gesellschaft, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, fällt uns nicht durch einen gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte zwangsläufig in den Schoß. Nur durch zielklares und verantwortungsbewußtes Handeln können wir uns eine bessere Gesellschaft erkämpfen. Im Kampf gegen die sittliche Verflachung und den materialistischen Ungeist unserer machthungrigen und profitgierigen Zeit ist der sozialistischen Bewegung auch eine große sittliche und pädagogische Aufgabe gestellt. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen haben die Tendenz, ein Eigenleben zu entwickeln und bürokratisch zu erstarren. Es gilt die Menschen zu befähigen, diese Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Der Sozialismus wird also stets Aufgabe bleiben.

Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgabe einer Religionsgemeinschaft. In Europa ist das Christentum neben dem Humanismus und der klassischen Philosophie eine der geistigen und sittlichen Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, daß das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln einschließt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß sich einig mit den Sozialisten aller Länder: Gleichviel, woher Sozialisten ihre Überzeugungen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel, „eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens". Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Tradition bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Um der Freiheit und Gerechtigkeit und des Weltfriedens willen wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands niemals bereit sein, das Selbstbestimmungsrecht der Völker den Interessen irgendwelcher Machtblöcke zu opfern. Deshalb kämpft sie für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit.

Die Sozialdemokratie ist aus der Partei der Arbeiterklasse, als die sie erstand, zur Partei des Volkes geworden. Die Arbeiterschaft bildet dabei den Kern ihrer Mitglieder und Wähler. Der Kampf und die Arbeit der Sozialdemokratie aber liegen im Interesse aller, die ohne Rücksicht auf engherzig gehütete Vorrechte für soziale Gerechtigkeit, für politische und wirtschaftliche Demokratie, für geistige Freiheit und Toleranz, für nationale Einheit und internationale Zusammenarbeit eintreten.

Die nächsten Schritte zu diesem Ziel zeigt das hier vorgelegte Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie wird es verwirklichen, sobald ihr das deutsche Volk dazu den Auftrag erteilt. Auch in der Opposition bestimmt dieses Aktionsprogramm ihre Politik.

Außenpolitik

Sicherung des Friedens in Freiheit

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Außenpolitik ist die Sicherung des Friedens. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und für den fortschreitenden Abbau der nationalstaatlichen Souveränität. Souveränitätsbeschränkungen, die praktisch nur zu Lasten Deutschlands gehen, lehnt sie ab.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die Pläne einer konservativ-kapitalistischen Föderation Kleinst-Europas, der sechs Schumanplan-Länder, da sie eine demokratische Einigung und Entwicklung Europas hindern. Europa darf nicht auch im Westen gespalten werden. Die deutsche Sozialdemokratie wird darum jede Initiative ergreifen und unterstützen, die geeignet ist, Großbritannien und Skandinavien die jeweils engste Verbindung mit den kontinentalen Nationen zu ermöglichen. Sie setzt sich für eine gesamteuropäische Politik der Vollbeschäftigung, der Hebung des Lebensstandards und enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit ein.

Die vordringlichste Aufgabe bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie kann nur durch freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin verwirklicht werden. Die Sozialdemokratie wird sich darum unablässig um die Schaffung der Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen bemühen. Allein aus ihnen kann eine freie gesamtdeutsche Regierung hervorgehen, die gleichberechtigter Partner bei den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag sein muß.

Die einseitige Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratie erkennt sie nicht an.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird nicht nur in der Methode, sondern in der Sache selbst einen von der Außenpolitik der jetzigen Bundesregierung verschiedenen Weg einschlagen.

Durch ihr Vertragssystem hat die Bundesregierung das Saargebiet in Gefahr gebracht und damit auch den Anspruch auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße geschwächt. Sie hat ohne ernsthaften Widerstand die Verweigerung der Gleichberechtigung für die Bundesrepublik hingenommen und die dadurch geschaffene Zweitrangigkeit Deutschlands zum Inhalt von Verträgen gemacht, die das deutsche Volk für 50 Jahre binden sollen. Durch die Unterzeichnung des Generalvertrages und des Abkommens über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" hat sie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands unerträglich erschwert und die Bundesrepublik in ein einseitiges Leistungsverhältnis zum Atlantik-Pakt gebracht, wobei die Grundlagen für ihre Sicherheit nicht gewährleistet sind.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt daher dieses Vertragssystem ab und kämpft gegen seine Ratifizierung. Sie wird für die radikale Revision der abgeschlossenen Verträge durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen. Sie strebt ein wirksames System kollektiver

Die Einheit Deutschlands und der Friede

Das deutsche Volk hat besonders angesichts der Folgen des verheerenden Krieges die Aufgabe, gute Beziehungen zu den anderen Völkern herzustellen und ein politisches Klima zu schaffen, in dem die staatliche Einheit Deutschlands in Freiheit verwirklicht werden kann. Die in der Welt herrschenden Spannungen müssen friedlich gelöst werden. Nur so kann die Gefahr eines dritten Weltkrieges gebannt werden. Eine Politik der internationalen Entspannung verbessert auch die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Bundesrepublik muß sich deshalb darum bemühen, die Aufspaltung der Welt in feindliche Blöcke, die einander in Waffen starrend gegenüberstehen, überwinden zu helfen. Die Spaltung Deutschlands ist die Folge der Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten. Sie dürfen daher nicht von ihrer Verantwortung für die Beseitigung der Spaltung entbunden werden. Die Bundesregierung muß verhindern, daß die Spaltung Deutschlands ein Dauerzustand wird. Sie hat vor allem die Aufgabe, sich ständig für die engsten menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone und in der Bundesrepublik einzusetzen.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die dringendste politische Forderung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird jeden Schritt ihrer Politik in den Dienst dieser Forderung stellen. Sie wird sich unablässig darum bemühen, daß die Voraussetzungen für freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin geschaffen werden. Denn nur durch freie gesamtdeutsche Wahlen läßt sich die Einheit Deutschlands verwirklichen. Die freie gesamtdeutsche Regierung, die auf Grund dieser Wahlen gebildet wird, muß als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag teilnehmen.

Die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands bleibt diesem Friedensvertrag vorbehalten. Keine Regierung von Teilen Deutschlands darf durch Abmachungen mit den Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Frage vorwegnehmen. Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt sie weder im Osten noch im Westen an.

Keine Bindung, die die Bundesrepublik beim Abschluß internationaler Verträge eingeht, darf die Wiedervereinigung Deutschlands zusätzlich erschweren. Vertragliche Verpflichtungen der Bundesrepublik müssen die Entscheidungsfreiheit einer zukünftigen deutschen Regierung ausdrücklich offenlassen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird die Parteien der Sozialistischen Internationale und die Völker der freien Welt unermüdlich daran erinnern, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur eine Forderung der Deutschen ist, sondern ein Ziel jeder internationalen Politik sein muß, die den Frieden und die Freiheit Europas und der Welt erhalten und sichern will.

Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird jede Initiative zu internationalen Vereinbarungen ergreifen und unterstützen, durch welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung gefördert werden kann. Das vorläufige Ziel ist hierbei der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken und der Wiederaufbau eines internationalen Währungssystems.

Die Sozialdemokratische Partei kennt die tödlichen Gefahren der sowjetischen Politik für ganz Europa. Das Instrument dieser Politik ist heute der Kalte Krieg. Diesen Kalten Krieg muß die freie Welt gewinnen, weil nur so eine neue Weltkatastrophe verhindert werden kann. Die vorgesehene deutsche Aufrüstung fördert dieses Ziel nicht; sie gefährdet es, weil sie den wirksamsten Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Kalten Krieg, nämlich die Festigung der demokratischen Widerstandskraft durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit, unmöglich zu machen droht.

Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie weder im ganzen noch im einzelnen ein Zusammengehen mit den Hilfstruppen des östlichen Totalitarismus. Mit aller Schärfe bekämpft sie Bemühungen, faschistische Kräfte in die Freiheitsfront einzubeziehen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird normale Beziehungen zu allen Staaten unterhalten.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Solidarität aller Nationen. Darum wird sie sich um freundschaftliche Beziehungen des deutschen Volkes zu allen Kräften bemühen, die die demokratische Freiheit zu verteidigen bereit sind.

Die Sozialdemokratische Partei wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zur Selbstbestimmung und sozialem Aufstieg zu verhelfen.

Diese Politik wird Deutschland und Europa Wohlfahrt und Frieden bringen.

Internationale und europäische Zusammenarbeit

Getreu der völkerverbindenden Idee des Sozialismus setzt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker und Staaten zur gemeinsamen Sicherung des Friedens ein. Diese Politik der Völkerverständigung ist heute um so notwendiger, als durch die Entwicklung der modernen Waffen, insbesondere der Atom- und Wasserstoffbombe, die Vernichtung großer Teile der Menschheit, ja der Zivilisation überhaupt droht. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung ein, die die Menschheit vor einer Anwendung der Atomwaffen bewahrt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie kein Zusammengehen mit dem sowjetischen Totalitarismus und seinen Hilfstruppen. Mit aller Schärfe bekämpft sie aber auch die Bemühungen, die Freiheitsfront durch Einbeziehung faschistischer Kräfte zu demoralisieren. Die Bundesrepublik muß sich dafür einsetzen, daß der Westen die im sowjetischen Machtbereich lebenden Völker Mittel- und Osteuropas mit friedlichen Mitteln vor der völligen Isolierung vom normalen wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr mit den übrigen Völkern Europas bewahrt.

Die Sozialdemokratie wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zur Selbstbestimmung und zum sozialen Aufstieg zu verhelfen.

Im Rahmen dieser internationalen Politik erstrebt die Sozialdemokratie eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker. Ziel ihrer Europapolitik ist die Hebung des Lebensstandards der europäischen Völker und damit die stetige Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Europa und die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes mit Freizügigkeit für Menschen, Waren und Nachrichten. Eine gesamteuropäische Politik der Vollbeschäftigung und der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken, auch währungspolitischer Art, sind dazu erforderlich. Die Sozialdemokratie kämpft für Gleichberechtigung aller Partner in den internationalen und übernationalen Gemeinschaften. Es darf keine Vorrechte von Besatzungsmächten oder Benachteiligungen der Bundesrepublik mehr geben. Diese Gemeinschaften dürfen nicht zur Abkapselung gegenüber anderen Staaten und damit zu einer weiteren Aufsplitterung führen, die die engere Zusammenarbeit Europas und der Welt stört. Die Sozialdemokratie setzt sich darum dafür ein, bestehende Gemeinschaften (z. B. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Europäischen Wirtschaftsrat, den Europarat) in vielfältige Beziehungen zueinander und zu Nicht-Mitgliedstaaten zu bringen. Soweit Souveränitätsrechte auf internationale Einrichtungen übertragen werden, sind diese einer echten parlamentarisch-demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

Über die Mitarbeit in den europäischen Institutionen hinaus erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Zusammenwirken der Bundesrepublik mit den Organisationen der Vereinten Nationen, so eng es deren Satzungen erlauben. Die Bundesrepublik muß ihrerseits

versuchen, den Beistand der Vereinten Nationen zur Unterstützung lebenswichtiger deutscher Interessen zu erwirken. Die Bundesrepublik muß durch ihre Politik die Voraussetzungen für die Aufnahme Gesamtdeutschlands in die Vereinten Nationen schaffen.

Internationale und europäische Sicherheit

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit, an dem Deutschland gleichberechtigt beteiligt ist.

Die Bundesrepublik muß sich dafür einsetzen, daß die Besatzungsmächte in Verhandlungen eintreten, die die europäische Sicherheit und die Herstellung der Einheit Deutschlands als ein Ganzes behandeln. Einem wiedervereinten Deutschland wurde die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen den Weg zur Teilnahme an einem Sicherheitssystem öffnen, das sich im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen hält. Das wiedervereinte Deutschland wird auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Risiken einen Beitrag zu diesem Sicherheitssystem leisten. Eine solche Lösung kann von keinem Volk als eine Bedrohung seiner eigenen Sicherheit empfunden werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kennt die Gefahren, die von der sowjetischen Politik ausgehen. Daher kann die Bundesrepublik an gemeinsamen Anstrengungen des Westens zur Sicherung des Friedens und zur Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Maßnahmen teilnehmen. Dabei muß aber gewährleistet sein:

daß die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unablässig fortgesetzt werden und die Entscheidungsfreiheit der künftigen gesamtdeutschen Regierung offen bleibt;

daß die Beteiligten die Bildung eines europäischen Sicherheitssystems im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen anstreben;

daß die Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit der Sicherheitsvorkehrungen für alle Teilnehmer gegeben sind;

daß die demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gesichert ist;

daß der Kampf um soziale Gerechtigkeit als notwendig für die Stärkung der demokratischen Widerstandskraft angesehen wird.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft blockiert die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Er macht die demokratische Kontrolle der Armeen auch auf europäischer Ebene unmöglich. Er bietet Deutschland nicht die gleiche Sicherheit wie den anderen Vertragspartnern. Er gewährt der Bundesrepublik keine Gleichberechtigung bei den politischen und strategischen Entscheidungen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt also nach wie vor den EVG-Vertrag und die mit ihm gekoppelten Verträge ab. Falls das Vertragssystem in Kraft tritt, wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für seine radikale Revision eintreten.

Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte

Den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen muß im Geiste der Menschlichkeit geholfen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Aufklärung des Schicksals aller Vermißten und Verschollenen. Sie unterstützt die Bemühungen um eine großzügige Amnestie und um Gnadenerweise für die verurteilten kriegsgefangenen Deutschen. Die menschenwürdige Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Förderung der auf diesem Gebiet wirkenden humanitären Organisationen betrachtet die Sozialdemokratische Partei als eine politische Aufgabe der Bundesrepublik.

Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln und Faustpfand gefangengehalten werden, um für die Fehler von Politik und Diplomatie zu büßen. Die Nachwirkungen von Kollektivschuldbegriffen müssen im Interesse der Menschlichkeit wiedergutgemacht werden. Alle von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme neutraler, völkerrechtlich erfahrener und anerkannter Persönlichkeiten zu überprüfen. Sühnen sollen nur die Gefangenen und Internierten, die sich gegen zur Zeit der Tat geltende Gesetze vergangen haben.

Die von den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen nach Abschluß der Kriegshandlungen in der Gefangenschaft vollbrachten Arbeitsleistungen sind als Teil der deutschen Reparationsleistungen anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Forderung der Heimkehrer auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung und sieht darin eine der Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der Heimkehrer und zu ihrer Eingliederung. Die Zusammenführung befreiter Kriegsgefangener, verschleppter und internierter Zivilpersonen mit ihren Familien ist mit allen Mitteln zu fördern.

Den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen muß im Geiste der Menschlichkeit geholfen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Aufklärung des Schicksals aller Vermißten und Verschollenen. Sie unterstützt die Bemühungen um eine großzügige Amnestie und um Gnadenerweise für die verurteilten kriegsgefangenen Deutschen. Die menschenwürdige Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Förderung der auf diesem Gebiet wirkenden humanitären Organisationen betrachtet die Sozialdemokratische Partei als eine politische Aufgabe der Bundesrepublik.

Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln oder Faustpfand gefangengehalten werden, um für die Fehler der Politik und Diplomatie zu büßen. Die Nachwirkungen von Kollektivschuldbegriffen müssen im Interesse der Menschlichkeit wiedergutgemacht werden. Alle von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme neutraler, völkerrechtlich erfahrener und anerkannter Persönlichkeiten zu überprüfen. Sühnen sollen nur die Gefangenen und Internierten, die sich gegen zur Zeit der Tat geltende Gesetze vergangen haben.

Die von den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen nach Abschluß der Kriegshandlungen in der Gefangenschaft vollbrachten Arbeitsleistungen sind als Teil der deutschen Reparationsleistungen anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Forderung der Heimkehrer auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung und sieht darin eine der Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der Heimkehrer und zu ihrer Eingliederung. Die Zusammenführung befreiter Kriegsgefangener, verschleppter und internierter Zivilpersonen mit ihren Familien ist mit allen Mitteln zu fördern.

Berlin wieder Hauptstadt

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gilt Berlin heute wie gestern als Hauptstadt Deutschlands. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der Vorposten der Demokratie.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Berlin in jeder Hinsicht als Bundesland behandeln. Solange Berlin infolge des Einspruchs der Alliierten noch nicht voll in die Bundesrepublik eingegliedert ist, tritt die Sozialdemokratische Partei dafür ein, daß das Bundesrecht in Berlin ebenso gelten muß wie in jedem anderen Land. Soweit durch die Angleichung an das Finanz- und Rechtssystem des Bundes ein Abbau sozialer Errungenschaften und fortschrittlicher Regelungen in Berlin erfolgt, wird ein Ausgleich durch die von der Sozialdemokratischen Partei erstrebte Neugestaltung der Bundespolitik geschaffen werden.

Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dafür sorgen, daß Berlin seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Sie wird die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten ausnutzen, die Berliner Wirtschaft ausbauen und den sozialen Wohnungsbau fördern.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Berlin bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden maßgebend berücksichtigen. Sie wird dafür sorgen, daß die Wirtschaft ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommt. Am Außenhandel und am Interzonenhandel soll Berlin stärkstens beteiligt werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird im stärkeren Umfange als bisher Bundesbehörden nach Berlin verlegen. Ihre Sorge wird auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors gelten. Auf kulturellem Gebiet wird sie alles fördern, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung der Sowjetzone erhält. Sie wird sich weiter energisch um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschleppten in der Sowjetzone bemühen.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dem Flüchtlingsproblem in Berlin besondere Aufmerksamkeit widmen.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit wird eine sozialdemokratische Bundesregierung für eine Stärkung der politischen und staatsrechtlichen Stellung Berlins bei außenpolitischen Verhandlungen sorgen.

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gilt Berlin heute wie gestern als Hauptstadt Deutschlands. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der Vorposten der Demokratie.

Berlin muß in jeder Hinsicht als Bundesland behandelt werden. Seiner besonderen Lage und seinen besonderen Aufgaben ist ohne kleinliche Vorbehalte Rechnung zu tragen. Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten.

Der Bund muß dafür sorgen, daß Berlin seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen ausgenutzt, die Berliner Wirtschaft ausgebaut und der soziale Wohnungsbau gefördert werden.

Bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden wird Berlin maßgebend berücksichtigt. Die Wirtschaft muß ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommen. Am Außenhandel und am Interzonenhandel soll Berlin stärkstens beteiligt werden.

Stärker als bisher müssen Bundesbehörden nach Berlin verlegt werden. Die Sorge des Bundes muß auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors gelten. Auf kulturellem Gebiet muß alles gefördert werden, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung der Sowjetzone erhält. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich weiter energisch um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschleppten in der Sowjetzone bemühen und dem Flüchtlingsproblem in Berlin besondere Aufmerksamkeit widmen.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit muß die politische und staatsrechtliche Stellung Berlins bei außenpolitischen Verhandlungen gestärkt werden.

Innenpolitik

Die freiheitliche Republik

Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der religiösen und politischen Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die Politik der Sozialdemokratie bürgt dafür, daß im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu vernichten.

Die deutsche Republik muß ein Bundesstaat mit einheitlicher Regierungsgewalt sein.

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird die Aktionsfähigkeit der provisorischen Bundesrepublik gestärkt und erweitert werden.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Verwaltung demokratisieren und einfach, klar und übersichtlich aufbauen. Soziale Errungenschaften dürfen durch eine Verwaltungsreform nicht angetastet werden.

Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bürgt dafür, daß im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu vernichten. Dafür ist es die Pflicht des Staatsbürgers, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu achten und sie zu verteidigen.

Das in Freiheit wiedervereinigte Deutschland soll ein Bundesstaat auf der Grundlage leistungsfähiger Länder sein.

Die Verwaltung muß demokratisch kontrolliert und einfach, klar und übersichtlich aufgebaut werden. Soziale Einrichtungen dürfen durch eine Verwaltungsreform nicht eingeschränkt werden.

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird die Aktionsfähigkeit der provisorischen Bundesrepublik verstärkt und erweitert.

Der Weg zur Einheit Deutschlands in Freiheit muß bei allen Beiträgen der Bundesrepublik zur Einigung Europas offen bleiben. Dies gilt auch für Verteidigungsmaßnahmen, soweit sie erforderlich sind. Die parlamentarisch-demokratische Kontrolle von Streitkräften ist verfassungsrechtlich zu sichern. In einem demokratischen Staat muß die bewaffnete Macht der dem Parlament verantwortlichen und von ihm berufenen Regierung untergeordnet sein.

Wehrpolitische und militärische Maßnahmen dürfen allein die Verteidigung der Freiheit und den Schutz der Bevölkerung zum Ziele haben. Streitkräfte haben nur diesem Zweck zu dienen.

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Wehrdienst mit der Waffe gezwungen werden. Der Soldat muß ein freier und in seinen Grundrechten geschützter Staatsbürger sein.

Die Justiz

Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne den Schutz der Freiheit des einzelnen und seiner sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den demokratischen Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Richter.

Die Rechtsprechung soll der Verwirklichung der demokratischen und sozialen Gerechtigkeit, insbesondere auch dem Schutz der Grund- und Freiheitsrechte im täglichen Leben dienen. Der Unabhängigkeit des Richters muß daher seine demokratische Verantwortung entsprechen.

Die gesamte Rechtsordnung muß den Erfordernissen einer modernen sozialen Demokratie angepaßt werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für übersichtliche Gesetze und für eine lebensnahe, jedermann verständliche Gesetzessprache ein. Die Strafrechtsreform muß davon ausgehen, daß das Strafrecht dem Schutze der elementaren Werte des Gemeinschaftslebens und der

demokratisch-sozialen Ordnung zu dienen hat. Die Reform muß die sozialen, pädagogischen und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit verwerten.

In der gesamten Strafrechtspflege ist zu unterscheiden zwischen dem Gelegenheitstäter, dem das Strafverfahren eine Warnung sein soll, dem angehenden Gewohnheitstäter, der durch zweckmäßige Maßnahmen gemeinschaftsfähig zu machen ist, und dem gefährlichen Täter, vor dem die Gesellschaft wirksam geschützt werden muß. Die Todesstrafe und unmenschliche Methoden der Verbrechensbekämpfung werden abgelehnt.

Bei weitgehender Entlastung der Strafrechtspflege von dem Ballast geringfügiger Gesetzesverstöße soll das Strafverfahren den Rechtsschutz des Beschuldigten gewährleisten, aber auch dem Strafrichter die Möglichkeit geben, im Rahmen der Gesetze Aufgaben der Fürsorge und Sicherung zu erfüllen.

Die Reform des Strafvollzuges und eine moderne Umgestaltung des Gnadenrechts sind sozial-ethisch und kriminalpolitisch notwendig.

Durch eine umfassende Justizreform müssen Verfassung und Verfahren der Gerichte, die noch aus den Zeiten des Obrigkeitsstaates stammen, den Bedürfnissen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates angepaßt werden.

Richter und Staatsanwälte sollen nicht nur durch juristische Befähigung, sondern auch durch Lebenserfahrung, soziales Verständnis und eindeutig demokratische Gesinnung das Vertrauen aller Volksschichten gewinnen. Dies erfordert eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung. Insbesondere ist der rechtswissenschaftliche Unterricht durch das Studium der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge weiter auszubauen. Daneben muß dafür gesorgt werden, daß der Richterberuf qualifizierten Persönlichkeiten auch einen materiellen Anreiz bietet. In allen dazu geeigneten Zweigen der Rechtsprechung werden Männer und Frauen aus allen Berufen als ehrenamtliche Richter beteiligt.

Der Gerichtsaufbau wird vereinfacht. Die Einrichtung der Friedensgerichte ist weiter zu erproben. Das Gerichtsverfahren wird übersichtlich gestaltet und beschleunigt, vor allem ist die Zusammenfassung aller Familien- und Jugendsachen in einer Hand anzustreben. Die Entscheidungen sind allgemeinverständlich zu fassen.

Alle nicht im engeren Sinne richterlichen Funktionen sind auf andere Organe, insbesondere Rechtspfleger, zu übertragen, damit die Richter für ihre eigentlichen Aufgaben frei werden.

Freie Gemeinden im freien Volksstaat

Das Fundament jedes freiheitlichen demokratischen Staates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung der Wohlfahrt ihrer Bürger dienen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist deshalb die verfassungsrechtliche Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung und die Wiederherstellung ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Aktionsfähigkeit.

Zu diesem Zweck wird eine sozialdemokratische Regierung

die im Grundgesetz gegebene Garantie der Selbstverwaltung in der Weise erweitern, daß sie die Gemeinden und Gemeindeverbände als dritte Säule im Staatsaufbau anerkennt;

Freie Gemeinden im freien Volksstaat

Das Fundament jedes freiheitlichen demokratischen Staates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung dem Wohle ihrer Bürger dienen. Deshalb müssen die Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung in den Städten und Landgemeinden verfassungsrechtlich gesichert und ihre soziale, wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Die im Grundgesetz ausgesprochene allgemeine und formale Garantie der Selbstverwaltung hat sich als unzureichend erwiesen. Durch eine Erweiterung des Grundgesetzes müssen Gemeinden und Gemeindeverbände neben Bund und Ländern als dritte Säule im Staatsaufbau anerkannt werden.

die Zersplitterung des Kommunalverfassungsrechtes beseitigen und zu diesem Zweck die Zuständigkeit des Bundes zum mindesten für die Rahmengesetzgebung begründen;
die Gemeindedemokratie durch fortschrittliche, kollegiale Gemeindeverfassungen mit der Gemeindevertretung als oberster Beschlußinstanz, durch Stärkung der ehrenamtlichen Kräfte in der Gemeindeverwaltung und durch Heranziehung der Bürger zur Mitarbeit ausbauen;
die Auftragsangelegenheiten weitgehend den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen;
die Aufgaben der Sonderbehörden auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen oder weitgehend beschränken;
die Staatsaufsicht auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken;
den Rechtsschutz der Gemeinden durch Verfassungsgerichte sicherstellen;
im Rahmen eines verfassungsrechtlich zu sichernden sozialen Finanzausgleichs die Gemeinden neben Bund und Ländern als dritten Partner des Finanzausgleichs zulassen, und zwar dadurch, daß die gemeindliche Finanzausgleichsmasse im Wege der verbundenen Steuerwirtschaft durch Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer aufgebracht wird;
in den Finanzausgleich den Anspruch der Gemeinden auf ausreichende Zuweisung langfristiger Kredite einbeziehen;
die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Verteilung der Kreditmittel angemessen beteiligen und ihre Vertretung in wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsamen Körperschaften sicherstellen;
die Kommunalbanken auf ihre eigentliche Funktion der Finanzierung kommunaler Aufgaben und des gewerblichen Mittelstandes in der Gemeinde zurückführen;
die kommunale Wirtschaft (Versorgungs- und Verkehrsbetriebe) durch wirtschaftlichen und technischen Ausbau stärken und jeden Versuch der Reprivatisierung abwehren.

Von ihrer eigentlichen Aufgabe, die Wohlfahrt aller Bürger zu sichern, sind die Gemeinden durch die ungeheuren Zerstörungen des letzten Krieges, durch den riesigen aufgestauten Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuermasse mehr und mehr abgedrängt worden. Eine sozialdemokratische Regierung wird dafür sorgen, daß die Leistungs- und Aktionsfreiheit der Gemeinden beschleunigt wiederhergestellt wird.

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk

Die Demokratisierung der Verwaltung erfordert, daß alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben.

Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben wird gefördert werden. Die von den Nationalsozialisten Gemaßregelten werden bevorzugt wiedereingestellt.

Der Beamte ist Diener des Volkes. Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung, zu der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie bekennt, und wer zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten be-

Erster Schritt auf diesem Wege ist ein sozialer Finanzausgleich: Gemeinden und Gemeindeverbände werden neben Bund und Ländern Partner des Finanzausgleichs sein. Angemessene Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden der gemeindlichen Finanzausgleichsmasse zugeführt. Die Realsteuern bleiben den Gemeinden garantiert.

Die demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden wird ausgebaut. Dazu sind fortschrittliche kollegiale Gemeindeverfassungen mit der Gemeindevertretung als oberster Beschlußinstanz erforderlich. Die ehrenamtlichen Kräfte in der Gemeindeverwaltung sollen stärker zur Geltung kommen und die Bürger mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden.

Die Eigenverantwortung der Gemeinden und Gemeindeverbände wird erhöht. Die Aufgaben von Sonderbehörden werden weitgehend auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen. Die Staatsaufsicht wird sich auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken. Der Rechtsschutz der Gemeinden wird durch Verfassungsgerichte sichergestellt.

Der Anspruch der Gemeinden auf langfristige Kredite wird anerkannt.

Die kommunalen Kreditinstitute sollen sich auf ihre eigentlichen Funktionen der Finanzierung gemeindlicher und wirtschaftlicher Aufgaben im kommunalen Raum konzentrieren.

Die kommunale Versorgungs- und Verkehrswirtschaft wird wirtschaftlich und technisch ausgebaut. Ihre gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen werden gegen Privatisierungsversuche geschützt.

Von ihrer eigentlichen Aufgabe, das Wohl aller Bürger zu sichern, sind die Gemeinden durch die Zerstörungen des letzten Krieges, durch den Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuermasse mehr und mehr abgedrängt worden. Die Leistungsfreiheit der Gemeinden wird wiederhergestellt.

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk

Eine demokratische Verwaltung erfordert, daß alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeit haben.

Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben wird gefördert. Die von den Nationalsozialisten Gemaßregelten werden bevorzugt wiedereingestellt.

Der Beamte ist Diener des Volkes. Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung und zu der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie bekennt, wer zur Verwirklichung der Demokratie auf allen

reit ist, wird im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dies gilt insbesondere für die Träger der Rechtsprechung und der staatlichen Exekutive, wie Polizei und Grenzschutz.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich vor alle stellen, die dem demokratischen Staat aufrichtig und vorbehaltlos dienen. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen und gewerkschaftlich organisieren. Sie erhalten das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und den Rechten des Parlamentes ergeben.

Grundlage für die Einstellung, Beförderung und Besoldung ist die Leistung. Bei der Besoldung wird die soziale Lage berücksichtigt werden.

Die Ehrenschuld des deutschen Volkes

Die Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine Ehrenschuld des deutschen Volkes und eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Sie wird beweisen, daß das deutsche Volk die in seinem Namen begangenen Verbrechen verurteilt.

Ein Bundeswiedergutmachungsgesetz wird die Zersplitterung des Wiedergutmachungsrechtes beseitigen. Ausreichende Mittel werden bereitgestellt werden, um alsbald die in den Gesetzen vorgesehene und jahrelang verzögerte Entschädigung und Hilfe zu leisten.

Unbillige Härten, die sich aus den Wiedergutmachungsmaßnahmen der Alliierten ergeben haben, hat der Staat auszugleichen.

Demokratie auch in der Wirtschaft

Im demokratischen Staat gibt es für jeden Bürger gleiche politische Rechte und Pflichten. In der gegenwärtigen Wirtschaft aber üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, vor allem aber wirtschaftlichen Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.

Notwendige Voraussetzungen zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes sind:

In allen Aufsichtsorganen von Unternehmungen sind die Arbeitnehmer paritätisch vertreten. Sie müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch solche Männer und Frauen in die Aufsichtsorgane zu entsenden, die nicht Betriebsangehörige sind.

Das Recht auf Mitbestimmung kann nicht ersetzt werden durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen.

Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeineigentum übergehen. Entscheidend ist

Lebensgebieten beträgt und wer zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit ist, wird im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dies gilt insbesondere für die Träger der Rechtsprechung und der Exekutive, wie Polizei und Grenzschutz.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich vor alle stellen, die dem demokratischen Staat aufrichtig und vorbehaltlos dienen. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen und gewerkschaftlich organisieren. Sie erhalten das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und den Rechten der Parlamente ergeben.

Grundlage für die Einstellung, Beförderung und Besoldung ist die Leistung.

Die Ehrenschuld des deutschen Volkes

Die Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine Ehrenschuld des deutschen Volkes und eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Sie wird beweisen, daß das deutsche Volk die in seinem Namen begangenen Verbrechen verurteilt.

Ausreichende Mittel müssen bereitgestellt werden, um alsbald die in den Wiedergutmachungsgesetzen vorgesehene und jahrelang verzögerte Entschädigung und Hilfe zu leisten.

Demokratie auch in der Wirtschaft

(Jetzt im Abschnitt Wirtschaftspolitik)

ihre Betriebsverfassung. Auch für alle Betriebe der öffentlichen Hand soll das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer unter Beachtung der Rechte der politischen Kontrollinstanzen gelten.

Die Mitbestimmung in den Betrieben muß durch überbetriebliche Mitbestimmung ergänzt werden. Die Arbeitnehmer müssen in den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern vertreten sein.

Die Spitze der überbetrieblichen Mithestimmung soll ein Bundeswirtschaftsrat bilden. Er soll die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat auf Anforderung beraten. Aus eigener Initiative kann er zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nehmen und Vorschläge unterbreiten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu.

Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wurde. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird ein Gesetzeswerk erkämpfen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne gewährleistet.

Wirtschaftspolitik

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Darum ist der freiheitliche Sozialismus das Programm der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben. Erst die Überwindung jeder Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und im echten Leistungswettbewerb zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebt:

Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des Volkes durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung,

Neuordnung der Wirtschaft durch eine Verbindung von volkwirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb,

Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum,

Gerechte Verteilung des Ertrages der Volkswirtschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik

die Gleichheit wirtschaftlicher Startbedingungen,

die Sicherung des Arbeitsplatzes,

die Überwindung jeglicher Ausbeutung,

die Steigerung des Sozialprodukts,

die gerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages.

Damit soll erreicht werden: die Sicherung eines erhöhten Lebensstandards und die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es

einer aktiven, auf Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung gerichteten Wirtschaftspolitik,

einer Neuordnung des Wirtschaftsablaufs durch Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb,

einer Einkommenspolitik zugunsten der wirtschaftlich Schwachen,

der Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum,

des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer,

der Bekämpfung des unkontrollierten Einflusses von Interessentengruppen auf die Wirtschaftspolitik.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird damit den Arbeitern, Angestellten und Beamten, den geistig und den freiberuflich Schaffenden, den Bauern und Handwerkern, den Kaufleuten und Gewerbetreibenden, den Invaliden und Rentnern helfen. Die Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus dient allen, die vom Ertrage ihrer Arbeit leben, und allen, die in der heutigen Gesellschaft die Schwächeren sind.

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung

Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß verlangt eine aktive Konjunkturpolitik, die alle Wirtschaftskräfte (Arbeitskräfte, Kapital, Rohstoffe) mobilisiert und sie besonders in den Wirtschaftsbereichen einsetzt, die hinter der volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklung zurückgeblieben sind.

Zur Erreichung dieser Ziele wird eine sozialdemokratische Bundesregierung folgende Maßnahmen durchführen:

Ausbau der bisher vernachlässigten Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) und Beseitigung anderer Engpässe in der Wirtschaft, z. B. im Schiffbau, Eisenbahn- und Straßenbau.

Ausweitung des Wohnungsbaues in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und Aufbau neuer lebensfähiger Industrie- und Gewerbebetriebe in den Zentren der Arbeitslosigkeit.

Bessere Verbindung der notleidenden Randgebiete mit den Zentren der industriellen Produktion durch planmäßige Verkehrspolitik.

Zusammenfassung der bisher zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm im Rahmen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts (Nationalbudget).

Das Kapital für die notwendigen Investitionen kann durch eine Investitionsanleihe beschafft werden, soweit die zu fördernden Wirtschaftszweige es nicht selbst aufbringen können.

Planung und Wettbewerb

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung und die zu ihrer Erzielung vorgesehenen Maßnahmen erfordern die Zusammenfassung der bisher zusammenhanglos arbeitenden obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Ministerium für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Landwirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, Wohnungsbauministerium, Verkehrsministerium, Ministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen, das Zentralbanksystem und die Kreditanstalt für Wiederaufbau) in einem gemeinsamen Gremium. Aufgabe dieses Gremiums ist die alljährliche Aufstellung des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes (Nationalbudget) und die laufende Beobachtung seiner Verwirklichung; diese Arbeit bedient sich einer ausgebauten Wirtschaftsstatistik und Konjukturforschung.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank sind durch ein Bundesnotenbankgesetz zu regeln; darin ist die Bundesnotenbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlinien des volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts zu binden. Zur Wahrung ihrer währungspolitischen Aufgabe werden ihr Rechte zugestanden, die geeignet sind, Maßnahmen zu verhindern, die inflationistische Entwicklungen herbeiführen oder die Außenwährung gefährden könnten.

Zur Vermehrung der Kapitalbildung, insbesondere auch durch Kleinsparen, sind steuerliche Anreize, gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen zur Anregung des

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung

Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozeß verlangt eine aktive Konjunkturpolitik, die alle Wirtschaftskräfte mobilisiert. Eine entsprechende Strukturpolitik hat besonders in den Wirtschaftsbereichen einzusetzen, die hinter der volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklung zurückgeblieben sind.

Diesem Ziel dienen folgende Maßnahmen:

Rationalisierung und Modernisierung der Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) und des Verkehrswesens (Eisenbahn- und Straßenverkehr, Schiffahrt), Aufbau einer Zivilluftfahrt;

verstärkter Wohnungsbau in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und Aufbau neuer lebensfähiger Industrie- und Gewerbebetriebe in den Zentren der Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Zonenrandgebieten;

bessere Verbindung der notleidenden Randgebiete mit den Zentren der industriellen Produktion durch planmäßige Verkehrspolitik;

Zusammenfassung der zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm im Rahmen des Nationalbudgets (volkswirtschaftlicher Gesamthaushalt).

Planung und Wettbewerb

Wettbewerb soweit wie möglich,

Planung soweit wie nötig

Die Sozialdemokratie lehnt die Zwangswirtschaft ab und bejaht die freie Konsumwahl. Sie wird den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern. Soweit die moderne arbeitsteilige Wirtschaft Marktwirtschaft ist, ist sie von sich aus noch keine sozial-fortschrittliche und gerechte Marktwirtschaft. Es bedarf dazu insbesondere einer aktiven Wettbewerbspolitik aus einem Guß: Gewerbefreiheit, gleicher Schutz für alle wettbewerbsfördernden Unternehmenstypen, gesetzliche Beschränkungen und Kontrolle marktbeherrschender Unternehmen, Genehmigungspflicht und öffentliche Aufsicht für alle wettbewerbsbeschränkenden Zusammenschlüsse, wirksame Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs, Reform des Gesellschaftsrechts, vor allem zum Zwecke einer ausreichenden Publizität und Durchsichtigkeit, Ordnung des Werbewesens, Schutz der Verbraucher, ihre Aufklärung und Beratung, Sicherung der freien Konsumwahl. Der Wettbewerb der Unternehmen muß ergänzt werden durch eine volkswirtschaftliche Planung, damit in wechselnden Wirtschaftssituationen die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesichert ist.

Eine Politik der Vollbeschäftigung und Produktivitätssteigerung erfordert die wirksame Zusammenfassung der obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik (Ministerien für

Zwecksparens und eine Kapitalbildung durch die öffentliche Hand erforderlich. Das bisherige ungesunde Maß der Selbstfinanzierung von Investitionen aus Gewinnen ist zugunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen einzuschränken.

Die Anlagepolitik der Kapitalsammelstellen ist den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes anzupassen (Kapitallenkung), Emissionen sind den Vorschriften eines verbesserten Kapitallenkungsgesetzes zu unterwerfen, das gleichfalls nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes angewandt wird. Die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen sind erforderlichenfalls nach Wirtschaftszweigen zu differenzieren.

Eine solche zielbewußte Geld- und Kapitalmarktpolitik setzt neben einer gesunden Währung eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik voraus. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist ein weiterer Ausbau des Außenhandels unter Abbau der Handelsschranken notwendig. Zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Die Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein so eingestellt sein, daß sie eine echte europäische Wirtschaftsgemeinschaft fördert.

Die Sozialdemokratie lehnt die Zwangswirtschaft ab und bejaht die freie Konsumwahl. Sie wird den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern. Dazu bedarf es nicht nur einer staatlichen Beaufsichtigung unvermeidlicher Monopole, sondern ebenso der gesetzlichen Sicherung des Wettbewerbes. Daneben ist es eine besondere Aufgabe der staatlichen Wettbewerbspolitik, alle Unternehmensformen zu fördern, die den Wettbewerb beleben. Dazu gehören die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher.

Wirtschaft, für Finanzen, für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Landwirtschaft und Ernährung, für Arbeit, für Wohnungsbau, für Verkehr, für Angelegenheiten der Vertriebenen, das Zentralbanksystem). Aufgabe dieses Gremiums ist die alljährliche Aufstellung des Nationalbudgets und seine ständige Überprüfung. Das Nationalbudget muß dem Parlament vorgelegt werden. Eine planvolle Wirtschaftspolitik hat vor allem die Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes zu beeinflussen. Produktion, Volkseinkommen, Konsum- und Sparrate, Ein- und Ausfuhr müssen dauernd beobachtet werden. Bei drohenden Gleichgewichtsstörungen werden rechtzeitig wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen getroffen. Zu diesem Zwecke muß, wie in anderen modernen Industriestaaten, ein konjunkturpolitisches Instrumentarium entwickelt werden.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank werden durch ein Bundesnotenbankgesetz geregelt; darin wird die Bundesnotenbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlinien des Nationalbudgets gebunden. Zur Wahrung ihrer währungspolitischen Aufgabe erhält sie das Recht, überall da einzugreifen, wo eine inflationistische Entwicklung droht oder die Außenwährung gefährdet ist.

Vollbeschäftigung und eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur bedürfen einer zielbewußten Kapitalmarktpolitik und Kapitallenkung im Rahmen des Nationalbudgets. Durch geeignete gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen — Steuerpolitik, Kreditpolitik usw. — wird die für die Durchführung der Investitionspolitik erforderliche Kapitalbildung gesichert. Dazu ist für ein angemessenes Verhältnis zwischen der Kapitalbildung über den Kapitalmarkt, unter besonderer Förderung des Kleinsparens, und der Kapitalbildung durch die öffentliche Hand Sorge zu tragen. Ein ungesundes Maß der Selbstfinanzierung von Investitionen aus Gewinnen wird zugunsten der Finanzierung über den Kapitalmarkt, insbesondere über die gemeinnützigen öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen, und — soweit volkswirtschaftlich geboten — zugunsten der Kapitalversorgung durch die öffentliche Hand eingeschränkt.

Die Anlagepolitik der Kapitalsammelstellen wird den Grundlinien des Nationalbudgets angepaßt. Emissionen werden den Vorschriften eines verbesserten Kapitalverkehrsgesetzes unterworfen, das gleichfalls nach den Grundlinien des Nationalbudgets angewandt wird. Soweit erforderlich, werden die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen nach Wirtschaftszweigen differenziert.

Eine solche zielbewußte Geld- und Kapitalmarktpolitik setzt neben einer gesunden Währung eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik voraus. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist ein weiterer Ausbau des Außenhandels unter Abbau der Handelsschranken notwendig. Zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete müssen besondere Anstrengungen gemacht werden.

Die Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein so eingestellt werden, daß sie eine echte europäische Wirtschaftsgemeinschaft fördert. Eine Politik, welche die Konvertibilität der Währungen herbeiführt und sichert, muß mit einer Politik der Vollbeschäftigung verbunden sein.

Einkommensverteilung

Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Steigerung des Lebensstandards des ganzen Volkes erfordert nicht nur eine Vergrößerung des Sozialproduktes, sondern auch eine gerechtere Einkommensverteilung. Ihr dient in erster Linie eine soziale Steuerpolitik. Sie wird ergänzt durch eine soziale Preispolitik, die mit Hilfe einer ständigen Preisbeobachtung jeden Preiswucher schärfstens bekämpft.

Eine reichliche Marktversorgung mit Konsumgütern, zu der auch die landwirtschaftliche Marktordnung beitragen soll, ist eines der Mittel gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen. Überhöhte Preise sind durch ausreichende Einfuhren zu korrigieren. Auch die Genossenschaften haben eine wichtige preisregulierende Aufgabe zu erfüllen.

Einkommensverteilung

Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Steigerung des Lebensstandards soll dem ganzen Volk zugute kommen. Dies erfordert, daß das Sozialprodukt nicht nur vergrößert, sondern auch gerechter verteilt wird.

Eine solche Verteilung des Einkommens bewirkt zugleich eine bessere Zusammensetzung des Sozialprodukts, es werden mehr Güter für die Befriedigung des sozial dringendsten Bedarfs erzeugt. Nach den Jahren einer aufs äußerste gesteigerten Investitionstätigkeit zum Neuaufbau des produktiven Volksvermögens, der — überwiegend durch Selbstfinanzierung durchgeführt — den Sachwertbesitz in ungerechter Weise begünstigte, ist jetzt die Erhöhung der Konsumrate anzustreben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt die mechanische Angleichung der Einkommen ab. Höhere Leistung soll durch höheres Einkommen anerkannt werden. Die heutige Verteilung des Volkseinkommens und des Volksvermögens ist jedoch nicht in erster Linie das Ergebnis von Fleiß und Tüchtigkeit, sondern sehr weitgehend ein Resultat blinder Zufälle, politischer Gewalt, massenhafter Vermögensvernichtung und ökonomischer Ausbeutung. Dies zeigen besonders die Lebenslage der Vertriebenen und sonstigen Kriegsopfer und die unzureichende Höhe des Arbeitslohnes. Daher wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Verteilungspolitik treiben, die sich nach dem Grundsatz „Gleicher Start für alle" die Berichtigung der Startverhältnisse im volkswirtschaftlichen Wettbewerb zum Ziel setzt. Sie wird für eine befriedigende ökonomische Eingliederung der neuen Bevölkerungsgruppen und des Nachwuchses sorgen, den Arbeitsunfähigen den Rechtsanspruch auf eine menschenwürdige Existenz sichern sowie denjenigen, die im öffentlichen Dienst stehen, einen angemessenen Lebensunterhalt bieten.

Die Forderung gleicher Startverhältnisse setzt voraus, daß den jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage die Ausbildung ermöglicht wird, für die sie nach Anlage und Leistung geeignet sind.

Eine gerechte Einkommensverteilung ist ohne eine wesentliche Förderung der Eigentumsbildung bei den bisher Vermögenslosen nicht möglich.

Dem Ziele einer gerechteren Einkommensverteilung sollen neben aktiver Beschäftigungspolitik und umfassender sozialer Sicherung der wirtschaftlich Schwachen unter anderen folgende Maßnahmen dienen:

Bekämpfung der Armut, unter der Millionen von Staatsbürgern leiden, durch Erhöhung der Sozialbezüge und Eingliederung auch der beschränkt Arbeitsfähigen in den Produktionsprozeß auf Grund des Sozialplanes;
gesetzliche Sicherung angemessener Löhne und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmergruppen in besonders schwacher Position;
Förderung einer Lohnpolitik, die die Löhne in ein angemessenes Verhältnis zu den Einkommen aus Gewinnen sowie Kapital- und Bodenrenten bringt. Sie muß die Möglichkeiten ausschöpfen, welche die im Vergleich mit anderen Industrieländern geringe Höhe der Löhne in der Bundesrepublik bietet;
steuerpolitische Maßnahmen, durch die die Mängel der Einkommensverteilung gemildert werden;
Begünstigung aller Einrichtungen, durch die auch „kleine Selbständige" inmitten der heutigen, weit-

Privateigentum und Gemeineigentum

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern.

Eine ständig wachsende Versorgung der Wirtschaft mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur gewährleistet durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum, die allein eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen sicherstellt.

Nur so wird auch verhindert werden, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vertraglich festgelegt und damit Schäden angerichtet wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

gehend großbetrieblich organisierten Volkswirtschaft wettbewerbsfähig gemacht werden;
aktive staatliche Wettbewerbspolitik;
soziale Preispolitik, die mit Hilfe einer ständigen Preisbeobachtung jeden Preiswucher schärfstens bekämpft;
reichliche Marktversorgung mit Konsumgütern und eine Einfuhrpolitik, die ungerechtfertigte Preissteigerungen verhindert;
Förderung von Unternehmen, die den Wettbewerb beleben und dadurch preisregulierend wirken. Dazu gehören die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften.

Privateigentum und Gemeineigentum

Die Sozialdemokratie wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern; diese Eigentumspolitik ermöglicht die wirtschaftliche Existenz einer breiten Schicht von selbständig Schaffenden. Zugleich wird die Sozialdemokratie eine aktive Eigentumspolitik zugunsten der wirtschaftlich Unselbständigen einleiten.

Eine dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Versorgung mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere mit Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum zu sichern. Allein dadurch werden eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen ermöglicht. Nur so wird auch verhindert, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vertraglich festgelegt und damit Schäden angerichtet wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

Demokratie auch in der Wirtschaft

In der gegenwärtigen Wirtschaft üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, vor allem aber wirtschaftlichen Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.

In allen Aufsichtsorganen von Unternehmungen müssen die Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein. Sie müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch solche Männer und Frauen in die Aufsichtsorgane zu entsenden, die nicht Betriebsangehörige sind.

Das Handwerk in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Handwerks gerecht werden.

Folgende Maßnahmen werden diesem Ziel dienen:

Der gesetzlich gesicherte Befähigungsnachweis berechtigt zur Errichtung eines stehenden Gewerbebetriebes, zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Führung des Meistertitels.

Die Selbstverwaltung des Handwerks, die öffentlich-rechtlichen Charakter hat, soll die wirtschaftlichen und sozialen Interessen und die Berufsausbildung aller im Handwerk tätigen Selbständigen und Unselbständigen wahrnehmen.

Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den einzelnen Produktions- und Gewerbezweigen die notwendigen Arbeitskräfte zuführen.

Das Handwerk ist bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach seiner Bedeutung zu berücksichtigen.

Das bisher stark vernachlässigte handwerkliche Kreditsystem wird mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute neu aufgebaut. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Handwerkers müssen die wichtigste Voraussetzung für den Personalkredit bilden.

Das Recht auf Mitbestimmung kann nicht ersetzt werden durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen.

Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, daß sie in Gemeineigentum übergehen. Entscheidend ist ihre Betriebsverfassung. Für alle gemeinwirtschaftlichen Betriebe soll das Mitbestimmungsrecht unter Beachtung der Rechte ihrer besonderen Kontrollinstanzen gelten.

Die Arbeitnehmer müssen in den Kammern des Handwerks, der Landwirtschaft und der Wirtschaft vertreten sein. Ein Bundeswirtschaftsrat soll die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat beraten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu.

Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wurde. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Sie wird um ein Gesetzeswerk kämpfen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne ermöglicht.

Die Mittelschichten in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung all derer bewußt, die in kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und in den freien Berufen selbständig tätig sind.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Gruppen wird durch eine gesetzlich geordnete Berufsausbildung gestärkt, soweit ein öffentliches Interesse besteht.

Für das Handwerk gilt der gesetzlich verankerte Befähigungsnachweis.

Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den Nachwuchs für die einzelnen Berufe sichern helfen.

Die Mittelschichten werden bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach ihrer Bedeutung berücksichtigt.

Klein- und Mittelbetriebe werden unter dem Gesichtspunkt volks- und betriebswirtschaftlicher Kostenersparnis durch gewerbefördernde Maßnahmen rationell gestaltet.

Die sich aus dem gegenwärtigen Stand von Wirtschaft und Technik ergebenden Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erfordern größere Kreditmittel. Die heute übliche Kreditpraxis verlangt überstuigerte und zum Teil unerfüllbare Sicherungen. Deshalb müssen mehr als bisher Personalkredite gewährt werden. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Kreditnehmers müssen die wichtigsten Voraussetzungen für den Personalkredit sein.

Durch diese Maßnahmen werden auch für Unselbständige die Möglichkeiten zur Gründung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen verbessert.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich ein für eine Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen zu erhöhen. Dadurch wird die Ernährung des Volkes verbessert, und es werden gesündere soziale Verhältnisse auf dem Lande geschaffen.

Bauern und Industriearbeiter sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der bäuerlichen Bevölkerung die Absatzmöglichkeit für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung wiederum sichert einen sich stetig erweiternden Markt für industrielle Erzeugnisse.

Sicherung der Preise und des Absatzes

Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Daraus ergeben sich folgende Einzelmaßnahmen:

Regelung der Preise für Getreide, Futtermittel, Zucker, Vieh und Fleisch, Öle und Fette durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen.

Energische Schritte zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelsspannen.

Sicherung des kürzesten Weges vom Erzeuger zum Verbraucher.

Engste Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften.

Bodenpolitik

Die Sozialdemokratische Partei erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für alle Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familien Arbeitskraft einen entscheidenden Anteil an der zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten. Der Kampf der Sozialdemokratie gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum des Bauern.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung
die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze durch ein Bundesgesetz vereinheitlichen,
die Bodenreform beschleunigt durchführen und baldigst abschließen,
die Nutzflächen und Betriebe, die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, in der Regel in das Eigentum der sie bearbeitenden Pächter überführen, wobei Härten zu vermeiden sind,
den Bau von Landarbeiterheimstätten fördern, die sich in Eigenbesitz oder in Gemeindeeigentum befinden.

Hebung der landwirtschaftlichen Leistung

Zur Hebung der landwirtschaftlichen Leistung ist nötig:
Eine durchgreifende Flurbereinigung nach modernen Verfahren, Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch Melioration,
stärkere Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Betriebe,
Förderung der landwirtschaftlichen Forschung,
eine Verbesserung des ländlichen Schulwesens,

Landwirtschaft und Ernährung

Die Schaffenden in Landwirtschaft und Industrie sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der Landbevölkerung die Absatzmöglichkeiten für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der Landbevölkerung sichert einen stetig sich erweiternden Absatz für industrielle Erzeugnisse.

Die Sozialdemokratie lehnt deshalb eine Politik ab, welche die Gegensätze zwischen Stadt und Land vertieft; sie wirbt für eine bessere Verständigung der Erzeuger und Verbraucher untereinander. Sie setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen und somit ihr Einkommen zu erhöhen. Dadurch wird die Ernährung des Volkes verbessert, und es werden gesündere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse auf dem Lande erreicht. Eine Leistungssteigerung der bäuerlichen Betriebe, insbesondere der kleinen Familienbetriebe, ist auch zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt notwendig.

Bodenpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für alle Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familie Arbeitskraft entscheidend zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes beitragen. Nur eine bäuerliche Landwirtschaft, in der das Eigentum an Grund und Boden die Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Freiheit ist und in der der Ertrag der Arbeit am Boden ungeschmälert denen zugute kommt, die diese Arbeit tatsächlich leisten, kann die Aufgabe der Leistungssteigerung erfüllen.

Die Bodenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dient der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft. Sie will möglichst viele selbständige und lebensfähige Familienbetriebe schaffen und die wirtschaftliche Zukunft der Kleinbetriebe sichern, die über zuwenig Land verfügen. Die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze werden deshalb durch Bundesgesetz vereinheitlicht und verbessert.

Nutzflächen und Betriebe, die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, sollen auf Antrag in das Eigentum der sie bearbeitenden Pächter gegen eine angemessene Entschädigung überführt werden können. Härten sind dabei zu vermeiden.

Das Boden- und Erbrecht darf weder Privilegien aufrechterhalten noch schaffen; es soll die Besitzzersplitterung unter die Größe eines Familienbetriebes verhindern.

Die Bodenverkehrsvorschriften sollen frei werdenden Boden den Betrieben zuleiten, die durch eine Aufstockung zu vollwertigen Familienbetrieben gestaltet werden können.

Hebung der landwirtschaftlichen Leistung

Die Steigerung der Leistung und des Einkommens der Landwirtschaft kann nur durch eine Erhöhung der Flächen- und Arbeitsproduktivität erreicht werden. Für die Finanzierung der dazu notwendigen Förderungsmaßnahmen müssen ausreichende Mittel in den Haushalten des Bundes und der Länder bereitgestellt werden.

Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsleistung und die Intensivierung der Bodenbearbeitung ist eine

eine ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung,
der Ausbau landwirtschaftlicher Berufs- und Fachschulen,
die Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens.

durchgreifende Flurbereinigung bei der die bisherigen gesetzlichen Verfahren zeitlich abgekürzt und technisch vereinfacht werden.

Die Enge der Hoflage in vielen Dörfern läßt keine Modernisierung der Scheunen und Ställe zu, so daß eine rationelle Viehwirtschaft nicht möglich ist. Eine Dorfauflockerung ist daher ebenso notwendig wie eine Flurbereinigung.

Um die Erzeugung zu steigern, müssen in vielen Gegenden Deutschlands landwirtschaftliche Nutzflächen durch örtliche und größere, über die Grenzen von Gemeinden und Kreisen hinausgehende Ent- und Bewässerungsmaßnahmen verbessert werden.

Technik und Mechanisierung der Arbeit in Haus, Hof, Stall und auf den Äckern und Grünlandflächen sind in allen, besonders aber in den kleinbäuerlichen Betrieben, wo sie am weitesten zurückgeblieben sind, weiterzuentwickeln. Anlagen und Einrichtungen, die einem gemeinsamen Interesse dienen, sind weitgehend zu unterstützen.

Der Erfolg aller Förderungsmaßnahmen ist abhängig von der Anwendung fortschrittlicher Betriebsmethoden. Deshalb kommt der Entwicklung des landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Beratungswesens besondere Bedeutung zu. Hierzu gehören:

Allgemeine Durchführung der ordentlichen Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung.

Ausbau der landwirtschaftlichen Berufsschulen und Fachschulen.

Ausdehnung der Betriebsberatung auf alle bäuerlichen Betriebe; ihre Einrichtung und Finanzierung ist eine öffentliche Aufgabe.

Die Aufsplitterung der landwirtschaftlichen Produktion in eine sehr große Zahl von Betrieben macht deren genossenschaftlichen Zusammenschluß zum Bezug von Produktionsmitteln, zur gemeinsamen Verwendung von Maschinen und zum Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse notwendig. Das Genossenschaftswesen muß daher erweitert werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will das soziale Niveau der Landarbeit heben und den Landarbeitern in stärkerem Maße als bisher die Familienbildung ermöglichen. Die Herstellung der Lohnparität zwischen Land- und Industriearbeit und der verstärkte Bau von Heimstätten für Landarbeiter in Eigenbesitz oder in Gemeindeeigentum sind dazu notwendig.

Sicherung der Preise und des Absatzes

Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß deshalb reguliert werden. Der Absatz der Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sind durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen und andere Mittel der Marktordnung zu sichern. Jede Bürokratisierung und jeder Mißbrauch der Marktordnung ist zu verhindern.

Zur Sicherung des Arbeitsertrages der Erzeuger und zum Schutz der Kaufkraft der Verbraucher sind energische Maßnahmen zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelsspannen erforderlich. Die Verkürzung des Weges der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher ist eine besonders dringliche Aufgabe. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

tritt deshalb für eine Erweiterung der schon bestehenden Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften mit den Verbrauchergenossenschaften ein.

Hebung der sozialen und kulturellen Verhältnisse auf dem Lande

Die Bildungsmöglichkeiten für Jugend und Erwachsene auf dem Lande müssen denen in den Städten angeglichen werden. Deshalb ist das ländliche Schulwesen gründlich zu verbessern; die Zahl der ländlichen Volkshochschulen ist zu vermehren.

Von allen in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen sind die Hausfrauen am stärksten belastet. Alle Maßnahmen und Einrichtungen, die zu ihrer Entlastung beitragen, werden nachhaltig gefördert.

In vielen Gegenden haben die in abgelegenen Dörfern und Einzelgehöften wohnenden Menschen kaum die Möglichkeit, in andere Gegenden, Städte und Dörfer zu kommen, um am geistigen und kulturellen Leben der Gesamtheit teilzunehmen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich deshalb für eine Verbesserung der ländlichen Verkehrsverhältnisse und für eine stärkere Unterstützung der kulturellen Bestrebungen der Landbevölkerung ein.

Gemeinwirtschaftliche Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik wird von der Wirtschaftspolitik her bestimmt. Die Eigenart des Verkehrsmarktes erfordert eine straffe Ordnung.

Die Verkehrsordnung soll auch den Gefahren des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles entgegenwirken, das sich in den letzten Jahren durch die Schwerpunktverlagerung unserer Volkswirtschaft nach den westlich gelegenen Industriezentren ergeben hat. Ferner muß die Verkehrspolitik mindestens die gegenwärtige Siedlungs- und Industrie-Dezentralisation außerhalb der Großstädte und Verkehrsknotenpunkte aufrechterhalten. Die Verkehrsordnung muß folgende gemeinwirtschaftliche Elemente enthalten:

ausreichende Bedienung verkehrsschwacher Räume;
einheitliche Verkehrstarife in verkehrsschwachen und verkehrsintensiven Räumen;
tarifliche Begünstigung von großen Entfernungen („degressive Entfernungsstaffel") und von Rohstoffen und Halbfertigprodukten („Wertstaffel" nach Preis und Belastbarkeit des Gutes);
Sozialtarife für Berufsverkehr;
Beförderungspflicht und Tarifzwang.

Diese gemeinwirtschaftlichen Grundsätze sind in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden. Sie sind im Eisenbahnverkehr wiederherzustellen und auf den Kraftfernverkehr auszudehnen. Eine Verstaatlichung des Güterkraftverkehrs wird jedoch ebenso abgelehnt, wie die Errichtung eines Abfertigungsmonopols in den Händen der Eisenbahn. Statt dessen ist der Zusammenschluß des Kraftfernverkehrs zu einer Selbstverwaltungskörperschaft öffentlichen Rechts auf der Basis der bestehenden Genossenschaften anzustreben. Diese Lösung beläßt das erforderliche Maß an Wettbewerb zwischen Schiene und Straße, das die Vorteile des technischen Fortschritts sichert.

Für Schiene und Straße sind gleiche Startbedingungen zu schaffen. Der Kraftverkehr soll die auf ihn entfallenden Straßenaufwendungen durch spezifische Steuerleistungen selbst decken. Die Höhe dieser Aufwendungen muß endlich ermittelt werden. Wenn gleiche Startbedingungen hergestellt sind, werden die Tarife von Schiene und Straße auf der Grundlage der Kostenstrukturen der beiden Verkehrsträger neu aufgebaut. Die sich daraus ergebenden Unterschiede der Tarife werden zu der volkswirtschaftlich zweckmäßigen Verteilung der Transporte auf die Verkehrsträger führen. Die freie Wahl des Transportmittels muß gewahrt bleiben. Starre Aufteilung des Verkehrs durch staatlichen Zwang wird abgelehnt.

Die Sozialdemokratie will den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt auch im Verkehr. Bei der gegenwärtig unzureichender Ausstattung mit Verkehrswegen ist jedoch die Vernachlässigung vorhandener Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahn, nicht zu verantworten. Die Motorisierung und die Entwicklung des Straßennetzes müssen aufeinander abgestimmt sein. Die entscheidenden Engpässe des Straßennetzes liegen in den Gemeindestraßen, insbesondere in den Großstädten. Die Herstellung einer ausreichenden Sicherheit des Straßenverkehrs, vor allem durch verkehrspolizeiliche Vorschriften, ist dringend erforderlich.

Bisher ist das Verkehrswesen in der Bundesrepublik vernachlässigt worden. Deshalb sind für eine Reihe von Jahren umfangreiche Investitionen im Straßenbau, für den Nachholbedarf der Eisenbahn, im öffentlichen Personen-Nahverkehr (Straßenbahnen usw.) und in der Seeschiffahrt erforderlich. Dieser Investitionsbedarf ist im Rahmen einer allgemeinen Investitionspolitik zu decken.

Eine sozialdemokratische Verkehrspolitik geht nicht von der Vorstellung eines gegebenen Verkehrsvolumens aus, das auf die verschiedenen Verkehrsträger aufzuteilen wäre. Sie erstreht im Rahmen einer allgemeinen Vollbeschäftigungspolitik eine ständige Ausweitung des Verkehrsvolumens. Dadurch wird die Lösung des Verkehrsproblems erleichtert.

Gesunde Wohnungen für alle

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat den sozialen Wohnungsbau in eine gefährliche Krise gebracht. Er hat an dem Konjunkturanstieg der gesamten Wirtschaft nicht teilgenommen. Im Gegensatz dazu wird die Wohnungspolitik wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik einer sozialdemokratischen Bundesregierung sein.

Dabei ist die Sicherung fortlaufender und ausreichender Finanzierung das entscheidende Problem. Erst bei gesicherter Finanzierung kann das vom Bundestag beschlossene Wohnungsbaugesetz ausgeführt werden.

Daher sollen dem sozialen Wohnungsbau neben Haushaltmitteln durch die allgemeine Kapitallenkung ständige und gleichmäßige Finanzierungsquellen erschlossen und damit eine langfristige Bauplanung ermöglicht werden. Öffentliche Mittel, die einmal dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, sollen diesem Zweck erhalten bleiben.

Für den Wohnungsbau sind einheitliche Richtlinien für Bund, Länder und Gemeinden festzulegen. Hiermit soll unter anderem erreicht werden, daß nach Größe und Ausstattung für die Dauer ausreichende Wohnungen für die Normalfamilien geschaffen und entsprechend dem Bedarf Kleinsiedlungen, sozial gebundene Eigenheime sowie Wohnungen gemeinnütziger Wohnungsunternehmen bevorzugt gefördert werden. Die Kapazität von Baustoff-

Gesunde Wohnungen für alle

Die Wohnungsbauleistung muß in ihrem Gesamtumfang weiterhin erhöht werden. Zugleich muß sie durch Herstellung besserer und geräumigerer Wohnungen auch in ihrer Qualität gesteigert werden. Der soziale Wohnungsbau hat in den letzten Jahren immer weniger den wirtschaftlich schwachen Volksschichten gedient. Dieser Wohnungsbau für die Minderbemittelten muß wieder einen größeren Anteil am gesamten Wohnungsbau erhalten. Er hat den Vorrang. Diese Grundsätze müssen die Kapitalversorgung der Wohnungswirtschaft bestimmen. Nur dann kann auf die Dauer erreicht werden, daß sich die Wohnungswirtschaft in sozial befriedigender Weise selbst trägt.

Durch Neu- und Altwohnungen insgesamt soll der Bedarf so gedeckt werden, daß endlich jedem Haushalt, besonders den Familien mit Kindern, eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung steht. Das Einfamilienhaus mit Garten und die Stockwerkswohnung, die Kleinsiedlung, das Heim im individuellen Einzeleigentum, die Wohnung im genossenschaftlichen Gemeinschaftseigentum und die Mietwohnung sollen in dem Umfang zur Verfügung stehen, in dem ein Bedarf an ihnen besteht. Nach der Bevorzugung der Mietskaserne, die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kennzeichnend war, ist seit geraumer Zeit unter dem Einfluß der Wohnungsreformbestrebungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der Siedlerorganisationen, der Wohnungsbaupolitik des Staates und der Gemeinden sowie betrieblicher Sozialpolitik öffentlicher

Industrie und Bauwirtschaft wird im Rahmen des allgemeinen Investitionsprogramms erweitert werden; dabei wird die allgemeine Wirtschaftspolitik auch eine volkswirtschaftlich vertretbare Baupreisgestaltung gewährleisten.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt eine schematische Regelung der Mietpreise ab. Sie setzt sich für eine Neugestaltung der Mieten im ganzen und bei den einzelnen Wohnungsgruppen ein. Bei der Mietangleichung für Althaus-, Zwischenkriegs- und Neuhausbesitz soll ein Teil des höheren Mietaufkommens der Wohnungsinstandsetzung und dem Wohnungsneubau dienen. Um den Lebensstandard der breiten Massen nicht zu gefährden, darf die Mietangleichung nur bei Erhaltung des Reallohnes vorgenommen werden; sie ist für die Renten- und Unterstützungsempfänger durch Mietzuschüsse sozial erträglich zu gestalten.

und privater Unternehmen das Verständnis der Wohnungssuchenden für die besonderen Werte der Kleinsiedlung und des Klein-Eigentums wieder im Wachsen begriffen. Diese Entwicklung wird von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachdrücklich begrüßt. Ihr dürfen keine erwerbswirtschaftlichen und bürokratischen Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine umfassende Reform des Rechts der Wohnungswirtschaft, besonders des Mietrechts, ein. Nachdem in 25jähriger Wohnungszwangswirtschaft sich alle Preise und Einkommen in der Volkswirtschaft dem Mietenstopp angepaßt haben, dürfen die Mieten nur Zug um Zug mit Änderungen der Einkommensverhältnisse erhöht werden. Durch sie müssen auch die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen in den Stand gesetzt werden, die erhöhten Mieten ohne Verschlechterung ihrer Wohnungsversorgung und ihres allgemeinen Lebensstandards zu zahlen. Dies bedingt, daß die Renten-, Versorgungs- und Fürsorgesätze entsprechend erhöht und die Forderungen der Gewerkschaften, die niedrigen Arbeitseinkommen zu erhöhen, erfüllt werden.

Eine unterschiedslose allgemeine Erhöhung aller Mieten würde die sozialen und wirtschaftlichen Übel der gegenwärtigen Wohnungsversorgung nicht beseitigen; es kommt auf die Wiederherstellung eines Gefüges der Mietpreise an, das dem Wert der einzelnen Wohnungsgruppen entspricht. Bei der Neuregelung der Mieten muß dem Mieter die Möglichkeit gegeben werden, die Anpassung seiner Miete an einen niedrigen Nutzwert seiner Wohnung auf dem Rechtswege durchzusetzen. Erhöhte Mieten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie auch einer besseren Wohnungsversorgung, besonders der Instandsetzung, gegebenenfalls Modernisierung, der Wohnungen zugute kommen. Die Mehrerträge sollen daher bei der Berechnung der Leistungen für den Lastenausgleich nicht angerechnet werden, wenn sie für diese Zwecke verwendet werden. Das System der Instandsetzungsdarlehen und andere Förderungsmaßnahmen sollen ausgebaut werden.

Der soziale Wohnungsbau soll in erster Linie Wohnungen für Familien mit einem monatlichen Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes im Betrage bis zu 500 DM zur Verfügung stellen. Der Bau solcher Wohnungen wird mit öffentlichen Mitteln, die zinslos gewährt werden, und gegebenenfalls darüber hinaus mit Zinszuschüssen für Kapitalmarktmittel gefördert. Die Richtsatzmieten für diese Wohnungen sollen auf der Grundlage der gegenwärtigen Einkommensverhältnisse und bis zu einer umfassenden Regelung des Mietenproblems nicht erhöht werden. Finanzierungsbeiträge der Wohnungsbewerber für diese Wohnungen dürfen nicht gefordert werden. Die Höhe der öffentlichen Darlehen muß dies berücksichtigen. Die Wohnungen sind in ortsüblicher Normalausstattung zu errichten.

Bei der Deckung des Wohnungsbedarfs der Minderbemittelten kommt es in besonderem Maße darauf an, daß nicht am Bedarf vorbei gebaut wird und daß unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden wird; daher darf hier nicht die Anwendung bestimmter Wohnformen und Rechtsformen der Wohnungsnutzung gesetzlich erzwungen werden.

Für Wohnungssuchende mit einem 500 DM übersteigenden Einkommen des Haushaltungsvorstandes können öffentliche Mittel nur in geringerer Höhe zur Verfügung gestellt werden. Es können Steuererleichterungen gewährt werden. Höhere qm-Mieten und Finanzierungsbeiträge der

Wohnungssuchenden können zugelassen werden. Durch Bevorzugung von Wohnungseigentum soll darauf hingewirkt werden, daß die Finanzierungsbeiträge dem Vermögen der Bewohner erhalten bleiben. Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen errichtet werden, unterliegen keiner Beschränkung der Mietenhöhe.

Der Marktwert des zur Bebauung geeigneten Bodens steigt zur Zeit infolge der Bevölkerungszunahme und des raschen Ausbaues der Volkswirtschaft stark. Unbegründete Vorstellungen von Anbietern und Nachfragern über künftige weitere Wertsteigerungen ins Ungemessene erhöhen die Preise noch über das Maß hinaus, das der gegenwärtigen und der in der übersehbaren Zukunft zu erwartenden Knappheit des Baubodens entspräche. Die Sozialdemokratische Partei wird die Bodenwirtschaft durch eine Neugestaltung des Bodenrechts so regeln, daß unbeschadet der volkswirtschaftlichen Funktionen des Preises Preistreiberei und die Ausnützung der Bodenwirtschaft als Quelle müheloses Erwerbs ausgeschlossen werden.

Ringe zur Durchsetzung ungerechtfertigt hoher Preise und sonstige wettbewerbsbeschränkende Abreden und Zusammenschlüsse in der Bau- und Baustoffwirtschaft werden von der Sozialdemokratischen Partei bekämpft.

Im Interesse der Kostensenkung sind alle Bestrebungen zur Rationalisierung des Wohnungsbaues und der Wohnungsbewirtschaftung zu fördern. Hierzu gehört neben der Förderung der technischen Rationalisierung auch die Bekämpfung von Hindernissen und Vorurteilen, die dem Unternehmensgedanken in der Wohnungswirtschaft im Wege stehen. Die Kleinsiedler und die Interessenten an Kleineigenheimen, an Wohnungseigentum und Dauerwohnrechten müssen durch gemeinnützige Betreuungsunternehmen ausreichend gegen Mißstände geschützt werden. Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Wohnungssuchenden, besonders der minderbemittelten, ist zu fördern.

Das gesamte System der Förderung der Wohnungswirtschaft ist von bürokratischen Hemmungen, besonders von dem Durcheinander übermäßig knebelnder Vorschriften einer Vielzahl zuständiger Stellen, zu befreien.

Finanz- und Steuerpolitik

Die Sicherung der finanziellen Verhältnisse, insbesondere der öffentlichen Haushalte, und eine geordnete öffentliche Einnahmen- und Ausgabenverwaltung verlangen ein gesundes Steuersystem, das die Lasten angemessen und gerecht verteilt. Unter Beachtung dieser Haushalts- und Währungsstabilität muß die Steuerpolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechen. Auch mit dem Mittel der Steuer- und Haushaltspolitik hat der Staat konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft auszugleichen und den Markt im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten, sozial gestaffelten Steuern zu legen und nicht wie bisher in erster Linie auf die unsozial wirkenden indirekten Steuern.

Reform der Steuerpolitik und Finanzverwaltung

Das jetzige Steuersystem, das aus dem Dritten Reich übernommen und durch die Steuerpolitik der Besatzungsmächte und der Bundesregierung fortgeführt wurde, muß endlich neu geordnet und dabei grundlegend geändert werden.

Voraussetzung für den Erfolg der Steuerreform ist eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung unter Beseitigung der zehn Länderfinanzverwaltungen. Nur eine Bundesfinanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen Steuerunehrlichkeit und Steuerhinterziehung führen. In einer Bundesfinanzverwaltung läßt sich außerdem der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung leichter verwirklichen. Steuermehreingänge ohne Erhöhung der Steuersätze und Verwaltungsersparnis werden das Steueraufkommen um mehr als 1 Milliarde DM erhöhen.

Sozialgerechte Lohn- und Einkommensteuer

Lohn- und Einkommensteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziel der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung.

Dazu dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen:

Die sozial gestaffelte Einkommensteuer wird zunächst als Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz die Einkommensbeträge bis zu einer bestimmten Höhe erfassen; erst die darüber hinausgehenden Einkommensbeträge unterliegen dem steigenden Steuersatz.

Die Sicherung der öffentlichen Haushalte und eine geordnete öffentliche Einnahmen- und Ausgabenverwaltung verlangen ein Steuersystem, das die Lasten angemessen und gerecht verteilt. Unter Beachtung der Haushalts- und Währungsstabilität muß die Steuerpolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechen. Auch mit dem Mittel der Steuer- und Haushaltspolitik hat der Staat konjunkturelle Schwankungen in der Wirtschaft auszugleichen und den Markt im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten, sozial bestimmten Steuern zu legen und nicht, wie bisher, in erster Linie auf die unsozial wirkenden indirekten Steuern.

Reform der Steuerpolitik und Finanzverfassung

Das jetzige Steuersystem, das aus dem „Dritten Reich" übernommen und durch die Steuerpolitik der Besatzungsmächte und der Bundesregierung fortgeführt wurde, muß neu geordnet und dabei grundlegend geändert werden.

Voraussetzung für den Erfolg der Steuerreform ist eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung unter Beseitigung der zehn Landesfinanzverwaltungen. Nur eine einheitliche Finanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen Steuerunehrlichkeit und Steuerhinterziehung führen. In einer solchen Finanzverwaltung läßt sich außerdem der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung leichter verwirklichen. Dadurch können erhebliche Steuermehreingänge ohne Erhöhung der Steuersätze erzielt werden.

Die Finanzmittel sind unter Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend ihren politischen Aufgaben zu verteilen. Im Rahmen dieses Finanzausgleichs ist die Selbstverwaltung der Gemeinden finanziell durch das Grundgesetz zu sichern.

Sozialgerechte Lohn- und Einkommensteuer

Lohn- und Einkommensteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziel der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung. Dazu dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen:

Die sozial gestaffelte Einkommensteuer wird zunächst als Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz die Einkommensbeträge bis zu einer bestimmten Höhe erfassen; erst die darüber hinausgehenden Einkommensbeträge unterliegen dem steigenden Steuersatz.

Die Freibeträge werden fortschreitend erhöht bis etwa auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, 1000 DM für dessen Ehefrau und je 1000 DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzbeamten können wesentlicheren Aufgaben der Finanzverwaltung zugeführt werden. Das System der Freibeträge ist der Entwicklung des Sozialplanes anzupassen.

Neben den Erhöhungen der Freibeträge sollen folgende wichtige Begünstigungen bestehenbleiben:

Steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues;

steuerliche Begünstigung der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Angehörigen der freien Berufe und des gesamten Mittelstandes;

steuerliche Begünstigung zusätzlicher Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung.

Die Zusammenveranlagung der arbeitenden Ehefrau mit dem Ehemann wird beseitigt.

Das Arbeitseinkommen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fundiertem Vermögen geringer belastet.

Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personalgesellschaften und Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftsteuer wäre. Dabei ist der von der jetzigen Steuergesetzgebung begünstigten Flucht in die Geschäftsunkosten entgegenzuwirken.

Sozial gestaffelte Umsatzsteuer

Nach der Einkommensteuer bedarf die Umsatzsteuer grundlegender Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer, die jede Ware mehrfach belastet, wird eine Umsatzsteuer treten, die an nur einer Stelle des Warenweges vom Erzeuger zum Verbraucher erhoben wird. Diese differenzierende Umsatzsteuer hat in ihrer Höhe zu unterscheiden zwischen lebensnotwendigen Wirtschaftsgütern und Wirtschaftsgütern des gehobenen Bedarfs. Steuerfreiheit der ersten Gruppe wird angestrebt. In einer solchen Umsatzsteuer können fast alle Verbrauchssteuern aufgehen; auch das trägt wesentlich zur Vereinfachung des Steuersystems bei.

Wenn so das Steuersystem vereinfacht und die Steuern sozial gestaffelt sind, wird die gleichmäßige und gerechte Erfassung der Steuern die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesfinanzverwaltung sein. Für Steuerhinterziehung gibt es keine Entschuldigung; sie ist ein Vergehen am Volksganzen, weil jede hinterzogene Mark dem Staate die Möglichkeit mindert, seine umfassenden Pflichten zu erfüllen.

Die Freibeträge werden fortschreitend erhöht bis etwa auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen, 1000 DM für dessen Ehefrau und je 1000 DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzbeamten können wesentlicheren Aufgaben der Finanzverwaltung zugeführt werden. Das System der Freibeträge ist der Entwicklung des Sozialplans anzupassen.

Neben der Erhöhung der Freibeträge sind folgende Begünstigungen wichtig:

Steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues;

steuerliche Begünstigung der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Angehörigen der freien Berufe und der Mittelschichten;

steuerliche Begünstigung von Eltern und Betrieben für zusätzliche Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung.

Die arbeitende Ehefrau darf nicht zusammen mit dem Ehemann veranlagt werden.

Das Arbeitseinkommen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fundiertem Vermögen geringer belastet.

Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personalgesellschaften und Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftsteuer wäre. Der von der jetzigen Steuergesetzgebung begünstigten Flucht in die Geschäftsunkosten ist entgegenzuwirken.

Reform der Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer bedarf einer grundlegenden Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer soll eine Umsatzsteuer treten, welche die volkswirtschaftlich erwünschte Arbeitsteilung und Spezialisierung nicht mehr benachteiligt. Diese Umsatzsteuer soll im Steuersatz stärker als bisher unterscheiden zwischen den lebensnotwendigen Wirtschaftsgütern und den Wirtschaftsgütern des gehobenen Bedarfs. Grundnahrungsmittel sind von der Umsatzsteuer freizustellen. Die Verbrauchssteuern sind zu vereinfachen und abzubauen.

Die Zuckersteuer, als die unsozialste Verbrauchssteuer in Deutschland, ist aufzuheben.

Wenn so das Steuersystem vereinfacht und die Steuern sozial gestaltet sind, wird die gleichmäßige und gerechte Erfassung der Steuern die wichtigste Aufgabe der Finanzverwaltung sein.

Sozialpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat die sittliche Pflicht zur Arbeit und ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung.

Diese Politik erfordert das Zusammenwirken von Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für den Mehraufwand und den schrittweisen Aufbau der sozialen Sicherung stecken Reserven

in der Vergrößerung des Sozialprodukts durch Vollbeschäftigung,

in der Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes,

in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Sozialistische Sozialpolitik sichert die wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt.

Soziale Sicherung

Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unerträglich. Die Verwaltung arbeitet vielfach unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenhilfe entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Hunderttausende von Arbeitsfähigen müssen unverschuldet feiern. Durch Gesundheitssicherung, Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialproduktes werden Millionensummen für die Verbesserung der Sozialleistungen verfügbar gemacht werden.

Zur Entwirrung und Verbesserung des Systems der sozialen Leistungen verwirklicht eine sozialdemokratische Bundesregierung daher einen allgemein verständlichen

Sozialplan

mit einer Gesundheitssicherung, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaushilfe, Versorgung mit Medikamenten und Kuraufenthalt vorsieht;

mit ausreichenden Renten aus einer Hand bei Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers;

mit Mutterschutz und staatlichen Kinderbeihilfen;

mit wirtschaftlicher Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und während unverschuldeter Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit.

Auf alle diese Leistungen besteht ein Rechtsanspruch.

Örtliche, bezirkliche und zentrale Selbstverwaltungsorgane sollen eine ortsnahe Verwaltung sichern.

Diese soziale Sicherung muß allen des Schutzes Bedürftigen gewährt werden:

Lohn- und Gehaltsempfängern und Hausfrauen,

den schutzbedürftigen Handwerkern, Gewerbetreibenden, Bauern und Angehörigen freier Berufe.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung. Ohne angemessene eigene Arbeitsleistung hat kein Arbeitsfähiger Anspruch auf Leistungen der Gesellschaft.

Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen zusammenwirken. Eine umfassende Sozialreform muß der Veränderung der sozialen Struktur unseres Volkes gerecht werden. Für den Mehraufwand und den schrittweisen Aufbau der sozialen Sicherung stecken Reserven

in der Vergrößerung des Sozialproduktes durch Vollbeschäftigung,

in der Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes,

in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Durch sozialistische Sozialpolitik wächst der Anteil der schaffenden Menschen am Sozialprodukt.

Soziale Sicherung

Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unerträglich. Die Verwaltung arbeitet vielfach unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenhilfe entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Hunderttausende von Arbeitsfähigen müssen unverschuldet feiern. Durch Gesundheitssicherung, Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialproduktes werden Millionensummen für die Verbesserung der Sozialleistungen verfügbar gemacht werden.

Der Entwirrung und Verbesserung des Systems der sozialen Leistungen dient ein übersichtlicher

Sozialplan

Er gewährt Rechtsansprüche

auf eine Gesundheitssicherung, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaushilfe, Versorgung mit Medikamenten und Kuraufenthalt einschließt;

auf ausreichende Renten bei Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers;

auf Mutterschutz und staatliche Kinderbeihilfen;

auf wirtschaftliche Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und während unverschuldeter Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit.

Diese soziale Sicherung muß allen des Schutzes Bedürftigen gewährt werden. Dazu gehören:

Lohn- und Gehaltsempfänger, Hausfrauen, Handwerker und Gewerbetreibende, Bauern und Angehörige freier Berufe.

Der Sozialplan soll auf allen Stufen durch Selbstverwaltungsorgane durchgeführt werden. Dezentralisierung soll die persönliche Beziehung zum Menschen sichern.

Zur Rationalisierung der Verwaltung und im Interesse der Rentenbezieher werden die Renten nicht mehr, wie heute, von einer Vielzahl von Leistungsträgern, sondern aus einer Hand gewährt.

Individualfürsorge

Die Fürsorge als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung wird durch die Zweige der sozialen Sicherung von allgemeinen Regelleistungen entlastet. Damit kann sie, unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe — auch freier Wohlfahrtsorganisationen —, ihrer eigentlichen Aufgabe erfolgreicher nachkommen, in individuellen Notfällen helfend einzugreifen. Auf ihre Leistungen besteht unter Verzicht auf Rückerstattung Rechtsanspruch.

Sie tritt neben die Leistungen der sozialen Sicherung dort, wo diese zur Bekämpfung und Beseitigung eines individuellen Notstandes nicht ausreichen können. Sie gewährt vorbeugende Hilfe als Pflichtleistung und ist verantwortlich für eine menschenwürdige Anstalts- und Heimfürsorge. Sie betreut die Familie als Ganzes und umfaßt ausreichende Maßnahmen der Jugendfürsorge und -pflege. Die Fürsorge soll die Kräfte der Betreuten zur Selbsthilfe stärken und mit diesen gemeinsam an der Überwindung des Notstandes arbeiten.

Arbeitsschutz

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird den Arbeitsschutz als öffentliches Mindestrecht insbesondere zur Sicherung der Gesundheit der Arbeitenden ausbauen.

Die Arbeitszeit ist bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich dort weiter herabzusetzen, wo Technik und Arbeitsmethoden dies möglich machen.

Arbeitsrecht

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft ein fortschrittliches Arbeitsrecht. Es soll in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Tarifverträge haben den Vorrang vor gesetzlichen Maßnahmen. Das von der Sozialdemokratischen Partei erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muß vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Angestellten und Arbeiter in kleinen Büros und Werkstätten sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Löhnen und Gehältern schützen.

Kriegsopferversorgung

Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege zu helfen.

Deshalb wird eine sozialdemokratische Bundesregierung die Renten des jetzigen Bundesversorgungsgesetzes an die erhöhten Preise anpassen und dafür sorgen, daß die

Individualfürsorge

Die Fürsorge als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung wird durch die Zweige der sozialen Sicherung von allgemeinen Regelleistungen entlastet. Unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe — auch freier Wohlfahrtsorganisationen — kann sie ihrer eigentlichen Aufgabe, in individuellen Notfällen helfend einzugreifen, damit erfolgreicher nachkommen. Auf ihre Leistungen besteht unter Verzicht auf Rückerstattung Rechtsanspruch.

Die Fürsorge tritt neben die Leistungen der sozialen Sicherung dort, wo diese zur Bekämpfung und Beseitigung eines individuellen Notstandes nicht ausreicht. Sie gewährt vorbeugende Hilfe als Pflichtleistung und sichert eine menschenwürdige Anstalts- und Heimfürsorge. Sie betreut die Familie als Ganzes und umfaßt ausreichende Maßnahmen der Jugendfürsorge und -pflege. Die Fürsorge soll die Kräfte der Betreuten zur Selbsthilfe stärken und mit diesen gemeinsam an der Überwindung des Notstandes arbeiten.

Arbeitsschutz

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird den Arbeitsschutz als öffentliches Mindestrecht insbesondere zur Sicherung der Gesundheit des Arbeitenden ausbauen.

Jedermann soll ein sinnerfülltes und menschenwürdiges Leben führen können. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Verkürzung des Arbeitstages bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, wie sie nach dem Umfang der Produktion auf dem jeweiligen Stand der Technik möglich ist. Die moderne Technik, die der notwendigen Steigerung des Ertrages der Arbeitskraft dient, stellt auch so große Anforderungen an den Menschen, daß die Kürzung der Arbeitszeit schon aus diesem Grunde erfolgen muß.

Arbeitsrecht

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für ein fortschrittliches Arbeitsrecht. Es soll in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen im allgemeinen durch Tarifverträge geregelt werden. Das von der Sozialdemokratischen Partei erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muß vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Angestellten und Arbeiter in kleinen Büros und Werkstätten sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Löhnen und Gehältern schützen.

Kriegsopferversorgung

Die Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege zu helfen, ist unabdingbar.

Deshalb werden die Renten aus dem jetzigen Bundesversorgungsgesetz an die erhöhten Preise angepaßt. Die Grundrenten dürfen auf andere Sozial- und Rentenleistungen nicht angerechnet werden. Die Berufs- und

Grundrenten auf andere Sozial- und Rentenleistungen nicht angerechnet werden;

die Berufs- und Heilfürsorge verstärken;

für wirksame Hilfe bei der Schul- und Berufsausbildung der ehelichen und unehelichen Kinder der Kriegsopfer sorgen;

ein fortschrittliches Schwerbeschädigtengesetz mit einem ausreichenden Kündigungsschutz schaffen. Ziel aller Maßnahmen für die Schwerbeschädigten muß ihre Wiedereingliederung in das praktische Leben sein.

Gesundheitspolitik

Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit bis zu dem Höchstmaß, das nach modernen medizinischen Erkenntnissen erreicht werden kann.

Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitssicherung erreicht werden. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freiberuflicher ärztlicher Praxis, auch zur Wahrung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bei freier Arztwahl, zu sichern und zu schützen.

Der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes, im Falle seiner Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Heilfürsorge wird verstärkt. Den ehelichen und unehelichen Kindern der Kriegsopfer wird bei der Schul- und Berufsausbildung wirksam geholfen werden. Die Schwerbeschädigtengesetzgebung wird fortschrittlich ausgebaut. Ziel aller Maßnahmen für die Schwerbeschädigten ist ihre Wiedereingliederung in das praktische Leben.

Gesundheitspolitik

Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit, soweit die modernen medizinischen Erkenntnisse dies ermöglichen.

Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitssicherung erreicht werden. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freiberuflicher ärztlicher Praxis auch zur Wahrung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bei freier Arztwahl zu sichern und zu schützen.

Der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes im Falle einer Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Vertriebenenpolitik

Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe

Heimatvertriebene, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte und Sowjetzonenflüchtlinge haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

Die Sozialdemokratie vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Daher wird sie sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt Eingliederung der Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Sowjetzonenflüchtlinge in ein gesundes deutsches Wirtschaftsgefüge.

Dazu wird eine sozialdemokratische Bundesregierung die innere Umsiedlung mit dem Ziel eines sozialen Gleichgewichtes und eines gesunden Bevölkerungsausgleiches durchführen. Sie wird das Schwergewicht auf eine kombinierte Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung legen. Durch Kreditlenkung wird eine gesunde Entwicklung der Flüchtlingsindustrien sichergestellt. Der Erhaltung des Facharbeiterstammes und der Exportkapazität verlagerter Betriebe wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Für die vertriebenen Bauern und Landarbeiter sind durch Beschleunigung der Bodenreform in ganz Westdeutschland und eine planvolle Gutlanderschließung in verstärktem Maße neue Voll- und Nebenerwerbssiedlungen zu schaffen.

Die Existenzgründung der Vertriebenen in Handwerk, Gewerbe und freien Berufen wird durch Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, durch planmäßige Berücksichtigung bei der Umsiedlung und durch Kreditgewährung gefördert werden.

Gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend zu schaffen, ist eine besonders vordringliche Aufgabe. Die Kinder der Vertriebenen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit allen Organisationen der Geschädigten, die sich der Vertretung der besonderen sozialen Interessen ihrer Mitglieder widmen, freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie wird auch an der Pflege und Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen mitwirken.

Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte

Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe

Heimatvertriebene, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte und Sowjetzonenflüchtlinge haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Die Sozialdemokratische Partei wird sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben. Sie erstrebt die Eingliederung der Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Sowjetzonenflüchtlinge in das deutsche Wirtschaftsgefüge.

Eine innere Umsiedlung mit dem Ziel eines sozialen Gleichgewichts und eines gesunden Bevölkerungsausgleiches ist nötig. Das Schwergewicht muß auf einer kombinierten Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung liegen. Durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wird eine gesunde Entwicklung der Flüchtlingsindustrien ermöglicht. Die Erhaltung des Facharbeiterstammes und der Exportkapazität dieser Betriebe erfordert besondere Aufmerksamkeit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine beschleunigte Eingliederung der siedlungswilligen Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge in die Landwirtschaft ein. Die zur Zeit geltenden unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen müssen erweitert werden. Dazu gehören die gesetzliche Regelung der Altersversorgung für die Besitzer auslaufender Höfe, die Schaffung wirtschaftlich arbeitender Betriebe durch Flurbereinigung und Regelung des Grundstücksverkehrs sowie eine vernünftige Entschädigung für den unter die Landabgabe fallenden Boden. Der Schwerpunkt liegt auf der Eingliederung in Vollbauernstellen.

Die Existenzgründung der Vertriebenen und der Wiederaufbau der Existenzen aller Geschädigten in Handwerk, Gewerbe und freien Berufen wird durch Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, durch planmäßige Berücksichtigung bei der Umsiedlung und durch Kreditgewährung gefördert.

Die Kinder aller Geschädigtengruppen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden. Gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend und die jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge zu schaffen, ist besonders vordringlich.

Das Bundes-Evakuierten-Gesetz muß beschleunigt durchgeführt werden. Vor allem müssen ausreichende Mittel zur Schaffung von Wohnraum und zur Existenzsicherung bereitgestellt werden. Dabei sind gleichermaßen die Alten und Arbeitsunfähigen zu berücksichtigen.

Die Rechtsansprüche für Sowjetzonenflüchtlinge müssen gesetzlich geregelt werden.

Lastenausgleich

Zum Recht auf die Hilfe der Gemeinschaft gehört der Lastenausgleich. Das vom Bundestag beschlossene Lastenausgleichsgesetz wird weder bei der Aufbringung noch bei der Verteilung den sozialen Notwendigkeiten gerecht. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird dieses Gesetz verbessern.

Bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes sind vordringlich Mittel zur Verfügung zu stellen

für die Hausratsentschädigung,

für die Wiederbeschaffung von Wohnraum,

für die produktive Eingliederung.

Die Mittel für die Entschädigung sind durch eine zielbewußte Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich einen Wert für die Geschädigten hat.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit allen Organisationen der Geschädigten, die sich der Vertretung der besonderen sozialen Interessen ihrer Mitglieder widmen, freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie wird auch an der Pflege und Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mitwirken.

Lastenausgleich

Zum Recht auf die Hilfe der Gemeinschaft gehört der Lastenausgleich. Das Lastenausgleichsgesetz muß verbessert werden, damit es bei der Aufbringung und bei der Verteilung den sozialen Notwendigkeiten gerecht wird.

Bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes sind vordringlich Mittel zur Verfügung zu stellen

für die Hausratsentschädigung,

für die Wiederbeschaffung von Wohnraum,

für die produktive Eingliederung,

für die Kriegsschadenrenten.

Die Mittel für die Entschädigung sind durch eine zielbewußte Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich einen Wert für die Geschädigten hat.

Kulturpolitik

Freiheit, Toleranz und soziale Verantwortung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes leiten.

Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre herrschen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wendet sich gegen jeden Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht folgende kulturpolitische Aufgaben als vordringlich an:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre werden ideell und materiell großzügig gefördert werden. Die in Jahrtausenden geschaffenen Schätze der Wissenschaft und Kunst sollen allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Die deutsche Jugend soll in den Schulen und Hochschulen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geiste der gegenseitigen Achtung zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen werden.

Der Religionsunterricht wird nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt. Darüber hinaus bleibt die konfessionelle Erziehung Angelegenheit der Eltern und Religionsgemeinschaften.

Das Schulwesen ist so zu gestalten, daß es alle Kinder in einem organisch gegliederten Schulsystem vereint und jedem Kinde, unabhängig von seiner sozialen Lage, eine Schulbildung ermöglicht, die seiner Veranlagung entspricht. Deshalb wird die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit allgemein eingeführt; ausreichende Erziehungsbeihilfen sind zu gewähren.

Die als Kriegsfolge entstandene Schulraumnot ist durch ein großzügiges Schulbauprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden schnellstens zu beseitigen. Es wird an Dringlichkeit dem sozialen Wohnungsbau gleichgesetzt.

Im Interesse des pädagogischen Fortschritts werden Versuchsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen gefördert.

Die Mitbestimmung der Eltern in der Schulerziehung und eine Schülermitverwaltung sind an allen Schulen sinnvoll auszubauen.

Für die gegenwärtige Volksschule müssen besondere Anstrengungen gemacht werden. Der Lehrermangel muß durch Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Volksschullehrer, insbesondere der Junglehrer, behoben werden. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Das neunte Schuljahr wird allgemein eingeführt. Es ist anzustreben, daß für Schüler derselben Altersstufe Klassenstärke, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stand der gegenwärtigen Mittel- und Oberschule angeglichen werden.

Die berufsbildende Schule soll der Vertiefung des Fachwissens dienen und zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulgesetze werden die Einrichtung von öffentlichen Berufsschulen den Ländern, Kreisen und Gemeinden

Freiheit, Toleranz und soziale Verantwortung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes leiten. Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre, der Presse und des Rundfunks herrschen.

Die Freiheit der religiösen Verkündung und die Freiheit der Forschung und Lehre dürfen weder zu parteipolitischen noch zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Freiheit der Meinungsäußerung schließt ein, daß die Presse offen Zugang zu den notwendigen Informationen erhält. Für die gesetzliche Bekämpfung des Mißbrauchs der Meinungsfreiheit in Literatur und Presse genügen die geltenden Strafgesetze. Der beste Schutz gegen minderwertige Literatur sind menschenwürdige Lebensbedingungen und eine gute Erziehung.

Die Freiheit des Rundfunks muß durch eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik gesichert sein. Er ist eine öffentliche Einrichtung, die nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung, auch nicht einer Regierung, sein darf.

Die Schule

Die deutsche Jugend wird in den Schulen und Hochschulen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geist gegenseitiger Achtung zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen. Auch die Leibeserziehung ist für die Gesamterziehung unentbehrlich.

Der Religionsunterricht wird nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt. Eine konfessionelle Erziehung darüber hinaus bleibt Aufgabe der Eltern und Religionsgemeinschaften.

Das Schulwesen wird so gestaltet, daß es alle Kinder in einem organisch gegliederten Schulsystem vereint und jedem Kinde, unabhängig von seiner sozialen Lage, eine Schulbildung ermöglicht, die seinen Anlagen und Fähigkeiten entspricht. Deshalb wird die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit allgemein eingeführt; ausreichende Erziehungsbeihilfen werden gewährt.

Die als Kriegsfolge entstandene Schulraumnot wird durch den großzügigen Bau von Schulen, Turnhallen und Sportstätten schnellstens beseitigt. Der Bau solcher Einrichtungen wird an Dringlichkeit dem sozialen Wohnungsbau gleichgesetzt. Bund, Länder und Gemeinden haben hierzu beizutragen.

Im Interesse des pädagogischen Fortschritts werden Versuchsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen gefördert.

Die Mitbestimmung der Eltern in der Schulerziehung und eine Schülerverwaltung werden an allen Schulen sinnvoll ausgebaut.

zur Pflicht machen. Die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens zwölf Stunden betragen.

Die Lehrer aller Schularten sollen an Hochschulen in mindestens sechs Semestern ausgebildet werden. Ihre pädagogische Ausbildung ist gleichwertig zu gestalten. Die für die Lehrerfortbildung und den Lehreraustausch mit dem Ausland bestehenden Einrichtungen sind zu erweitern.

Eine umfassende Hochschulreform wird angestrebt. Die studierende Jugend soll an den Hochschulen nicht nur ihre Fachausbildung, sondern auch eine Allgemeinbildung erhalten, die es ihr ermöglicht, den Zusammenhang zwischen ihren fachlichen Aufgaben und dem sozialen Ganzen zu erkennen.

Die volle Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ist anzustreben. Der wissenschaftliche Nachwuchs an allen Hochschulen ist finanziell zu sichern.

Es sind über die bestehenden Bildungswege hinaus weitere Möglichkeiten zu eröffnen, die jedem für das wissenschaftliche, künstlerische und technische Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen gestatten.

Die freie Erwachsenenbildung muß öffentlich anerkannt und finanziell unterstützt werden. Die Erziehung zur Demokratie ist die Hauptaufgabe der Volkshochschule. Ihre Arbeit ist gesetzlich zu fördern und zu sichern.

Schmutz und Schund in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Eine gute Schule, menschenwürdige Lebensbedingungen und der umfassende Aufbau und Ausbau des öffentlichen Büchereiwesens auf gesetzlicher Grundlage sind der beste Schutz gegen minderwertige Literatur.

Die Freiheit der Meinungsäußerung verlangt, daß die Presse legalen Zugang zu den notwendigen Informationen erhält. Für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit genügen die geltenden Strafgesetze.

Der Rundfunk muß eine öffentliche Einrichtung bleiben. Er darf nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung, auch nicht der Regierung sein. Für eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik ist zu sorgen.

Für die Volksschule sind besondere Anstrengungen dringend nötig. Die Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der sozialen Stellung der Volksschullehrer wird dazu beitragen, den Lehrermangel zu beheben. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Das neunte Schuljahr wird allgemein eingeführt. Für Schüler derselben Altersstufe sollen Klassenstärke, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stand der Mittel- und Oberschule angeglichen werden.

Die berufsbildende Schule soll das Fachwissen des Schülers vertiefen und ihn zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulgesetze werden den Ländern, Kreisen und Gemeinden die Einrichtung von öffentlichen Berufsschulen zur Pflicht machen. Die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens 12 Stunden betragen.

Die Lehrer aller Schularten werden in mindestens sechs Semestern an Hochschulen ausgebildet. Ihre pädagogische Ausbildung wird einander gleichwertig gestaltet. Die für die Lehrerfortbildung und den Lehreraustausch mit dem Ausland bestehenden Einrichtungen werden erweitert.

Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Der durch die kapitalistische Gesellschaft verursachten Unterbewertung der geistigen Arbeit tritt die Sozialdemokratische Partei mit Entschiedenheit entgegen. Die geistigen Berufe müssen einen neuen, ihrer Bedeutung entsprechenden Rang in unserer Gesellschaft finden.

Die Hochschule darf kein von der demokratischen Gesellschaft isoliertes Dasein führen. Neben der Forschung und Lehre muß sie ihrer Bildungsaufgabe gerecht werden. Die studierende Jugend soll an den Hochschulen nicht nur ihre Fachausbildung, sondern auch eine Allgemeinbildung erhalten, die es ihr ermöglicht, den Zusammenhang zwischen ihren fachlichen Aufgaben und der sozialen Wirklichkeit zu erkennen.

Die volle Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums wird eingeführt. Über die bestehenden Bildungswege hinaus werden weitere Möglichkeiten geschaffen, die jedem für das wissenschaftliche, künstlerische und technische Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen öffnen werden.

Die Dozenten und Assistenten an allen Hochschulen werden finanziell und rechtlich gesichert.

Wissenschaft und Forschung, vor allem auch auf geistes- und sozialwissenschaftlichem Gebiet, sowie das künstlerische Schaffen werden mehr als bisher mit öffentlichen Mitteln gefördert. Die Schätze der Wissenschaft und Kunst sollen allen Menschen zugänglich sein.

Hauptaufgabe der freien Erwachsenenbildung ist die Erziehung zur bewußten Teilnahme am Aufbau einer lebendigen Demokratie. Diese Aufgabe steht gleichrangig neben der Arbeit der anderen Bildungseinrichtungen. Dies muß auch in ihrer finanziellen Unterstützung sichtbar werden. Die Arbeit der Volkshochschule soll gesetzlich gesichert und von Ländern und Gemeinden gefördert werden.

Auch der umfassende Aufbau und Ausbau der öffentlichen Büchereien wird eine gesetzliche Grundlage erhalten.

Dank der opferreichen Anstrengungen der Arbeiterbewegung steht den Menschen heute mehr Freizeit zur

Frau und Familie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stets für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten eingetreten. Sie setzt sich ein für eine Reform des Eherechtes. Sie erstrebt auch für die Frau das Recht auf einen Arbeitsplatz und Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Keine Mutter vorschulpflichtiger und schulpflichtiger Kinder sollte aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein, einem Erwerb nachzugehen.

Löhne und Gehälter sind nur durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers zu bestimmen. Die sogenannten typischen Frauenarbeiten müssen neu und gerecht bewertet werden.

Frauen müssen in ihrem Arbeitsbereich dieselben Aufstiegsmöglichkeiten haben wie Männer und mehr als bisher für Mitarbeit in Verwaltung und Gesetzgebung, auch in leitenden Regierungsstellen, herangezogen und ausgebildet werden. Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung muß der besonderen Lage der Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der viel stärker als bisher Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sein müssen, soll die Anwendung dieser Gesetze wirksam kontrolliert werden.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt einen gesetzlichen Mutterschutz für alle berufstätigen Frauen, unter Einbeziehung der Beamtinnen und Selbständigen sowie gleichwertige Hilfe für alle nicht berufstätigen Frauen. Sie setzt sich für staatliche Kinderbeihilfen und eine ausreichende Mütter- und Säuglingsfürsorge ein. Kindergärten, Kinderhorte, Kinderkrippen, Kinder- und Müttererholungsheime werden die Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung schützen.

Der Wohnungsbau muß auf die Bedürfnisse eines gesunden Familienlebens Rücksicht nehmen und den Anforderungen rationeller Haushaltführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Bei Neubauvorhaben soll ein bestimmter Teil von Kleinstwohnungen für Alleinstehende vorgesehen werden.

Im Eherecht und in der Sozialgesetzgebung muß die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit bewertet werden. Bei Schwangerschaft, Krankheit und Kuraufenthalt der Hausfrau müssen Heimhilfen bereitgestellt werden. Die Einrichtung von Erziehungsberatungsstellen, vor allem im Interesse alleinstehender Mütter, sowie die Einrichtung kommunaler Eheberatungsstellen sind zu fördern.

Nur die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms sichert den Bestand von Ehe und Familie und gewährt ihnen wirksamen Schutz.

Verfügung. Die moderne „Kulturindustrie" droht diesen Bereich völlig auszufüllen. Deshalb unterstützt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alle Bestrebungen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Freizeit selbsttätig und sinnvoll zu gestalten. Das vornehmste Ziel dieser Bemühungen ist die Sicherung und Entfaltung der von der mechanisierten Gesellschaft bedrohten menschlichen Werte.

Frau und Familie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stets für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die politische Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten eingetreten. Sie setzt sich für eine Reform des Ehe- und Familienrechts ein. Sie erstrebt auch für die Frau das Recht auf einen Arbeitsplatz und den Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Keine Mutter vorschulpflichtiger oder schulpflichtiger Kinder darf jedoch aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein, einem Erwerb nachzugehen.

Frauen müssen dieselben beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten haben wie Männer. Mehr als bisher werden sie zur Mitarbeit im öffentlichen Leben, auch in leitenden Stellen, ausgebildet und verwendet. Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte sind zu beseitigen.

Löhne und Gehälter sind nur durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers zu bestimmen. Die sogenannten typischen Frauenarbeiten werden neu und gerecht bewertet.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung muß — auch nach Inkrafttreten der Gleichberechtigung im Ehe- und Familienrecht — der besonderen Lage der Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der viel stärker als bisher Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sein müssen, wird die Anwendung dieser Gesetze wirksam kontrolliert.

Alle Versuche, bei der Vermittlung und Einstellung weiblicher Arbeitnehmer die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes für berufstätige Frauen zu umgehen, werden schärfstens bekämpft. Ein gesetzlicher Mutterschutz wird sich auf alle berufstätigen Frauen, auch auf weibliche Beamte und Selbständige, erstrecken. Alle nicht berufstätigen Frauen haben Anspruch auf gleichwertige Hilfe.

Für alle Kinder werden staatliche Kinderbeihilfen gewährt. Eine ausreichende Mütter- und Säuglingsfürsorge wird aufgebaut.

Kindergärten, Kinderhorte, Kinderkrippen, Kinder- und Müttererholungsheime werden die Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung schützen.

Ohne menschenwürdige Wohnungen gibt es keine gesunden Familien. Der Wohnungsbau in Stadt und Land muß daher den Anforderungen rationeller Haushaltführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Auch Wohnungen für Alleinstehende sind zu fördern.

Im Eherecht und in der Sozialgesetzgebung wird die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit bewertet.

Bei Schwangerschaft, Krankheit und Kuraufenthalt der Hausfrau werden Heimhilfen bereitgestellt. Kommunale Erziehungs- und Eheberatungsstellen werden eingerichtet.

Das Recht der Jugend

Die Jugend ist vom Kriege und seinen Folgen besonders schwer getroffen. Sie hat Anspruch auf Maßnahmen, die ihrer außergewöhnlichen geistigen und materiellen Not Rechnung tragen.

Als wesentlichen Teil eines umfassenden Jugendplanes wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende Mindestforderungen erfüllen:

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot

durch Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum;
durch Vermehrung der Berufsausbildungsmöglichkeiten für die männliche und weibliche Jugend in der öffentlichen und privaten Wirtschaft.

Schutz der arbeitenden Jugend

durch Verabschiedung eines Jugendarbeitsschutzgesetzes, in dem ausreichender Urlaub für Jugendliche gewährleistet wird;
durch ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz;
durch Erweiterung des Kündigungsschutzes unter Einbeziehung der Arbeitnehmer unter 20 Jahren;
durch Aufnahme der Lehrlinge in die Arbeitslosenversicherung.

Förderung des Gemeinschaftslebens

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, werden ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt:

für die Arbeit der Jugendverbände,
für die politische Bildungsarbeit der Jugend,
für den internationalen Jugendaustausch,
für den Auf- und Ausbau von Jugendheimen,
für die Jugenderholung,
für Jugendwandern und für Jugendherbergen,
für die Förderung des Sports,
für die kulturellen Einrichtungen der Jugend,
für die Förderung des Jugendschrifttums.

Die deutsche Sozialdemokratie wird der jungen Generation mit der Durchführung dieses Programmes ihren Platz im Leben von Volk und Staat erkämpfen helfen. Sie wird bei Wahlen für die Aufstellung junger Kandidaten sorgen. Sie wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, um in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben jüngeren Kräften ein größeres Maß an Einfluß und Verantwortung zu übertragen. Sie wird geeignete Nachwuchskräfte als Mitarbeiter verantwortlicher Persönlichkeiten berufen, um ihnen die Chance der Bewährung zu geben und der Ämterhäufung entgegenzuwirken.

Die junge Generation aber wird ihren Platz nur dann ausfüllen können, wenn sie ihre verantwortliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennt und bereit ist, an ihrem eigenen Schicksal und ihrer Zukunft gestaltend mitzuarbeiten.

Recht und Verantwortung der jungen Generation

Die junge Generation soll und will sich ihren Platz im beruflichen und öffentlichen Leben selber erobern. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt deshalb jede Initiative der Jugend. Sie wird ihre berechtigten Forderungen unterstützen. Sie wird junge Kräfte an der verantwortlichen Mitarbeit am politischen und sozialen Leben beteiligen. Sie wird den besonderen Schutz, den der junge Mensch während seiner körperlichen und geistigen Entwicklung braucht, gesetzlich sichern.

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Durch Ausbildungsbeihilfen und durch ein Berufsausbildungsgesetz werden Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Rechts geschaffen.

Die Berufsbilder und Ausbildungsformen werden an die moderne Arbeitstechnik angeglichen. Für verwandte Berufe wird eine gemeinsame Grundausbildung festgelegt. Ergänzt durch Umschulungseinrichtungen, wird sie einen Berufswechsel erleichtern.

Durch den Ausbau einer elastischen und arbeitsfähigen Berufsberatung, durch verstärkte frühzeitige Berufsaufklärung der Eltern und Jugendlichen und durch die Förderung der Berufsvorbereitung in den Schulen wird die Berufswahl erleichtert.

Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft werden verbessert.

Um die Jugendarbeitslosigkeit und die Berufsnot zu beseitigen, werden neue zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Dies geschieht durch eine Politik der Vollbeschäftigung, durch die Erfassung aller nicht ausgenutzten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der öffentlichen und privaten Wirtschaft, durch die Errichtung kommunaler und gemeinnütziger Lehrwerkstätten im Anschluß an kommunale Betriebe und Erziehungseinrichtungen, durch die Ausweitung des Berufsraumes für weibliche Jugendliche, durch den überörtlichen Lehrstellen- und Arbeitsplatzausgleich, durch den Bau von Wohnheimen.

Ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz wird den jungen Menschen einen Jahresurlaub von 24 Tagen geben, die Akkordarbeit für Jugendliche verbieten, die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 7½ Stunden festlegen und die ärztliche Untersuchung und Überwachung der berufstätigen Jugend anordnen. Die Strafbestimmungen für Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz werden verschärft.

Die Arbeitnehmer unter 20 Jahren werden in den Kündigungsschutz einbezogen.

Den Jugendlichen wird das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat vom 17. Lebensjahre an zuerkannt. Das allgemeine Mitwirkungsrecht der Jugendsprecher im Betriebsrat wird gesichert.

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, werden ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt.

Auf jugendpflegerischem, erzieherischem und jugendpolitischem Gebiet sind die demokratischen Jugendverbände wichtige Träger des demokratischen Staates. Sie haben deshalb ein Recht auf besondere Förderung.

Internationale Begegnungen der Jugendgemeinschaften und der internationale Austausch von jungen Arbeitern, Studenten und Schülern werden öffentlich unterstützt. Die

Bildungsarbeit der Jugend wird vor allem durch die Förderung von Kursen und Lehrgängen, die Einrichtung und den Ausbau von Jugendbibliotheken, die Unterstützung des Jugendschrifttums und des Jugendfilms die notwendige Grundlage erhalten.

Zur Erfüllung ihrer jugendpflegerischen Pflichtaufgabe erhalten die Gemeinden Mittel aus dem Finanzausgleich. Die Gemeinden müssen mehr als bisher jugendpflegerische Einrichtungen schaffen (Jugendheime, Sport- und Schwimmanlagen usw.). Diese müssen allen Jugendlichen kostenlos zugängig sein.

Jugendwandern und Jugenderholung werden durch den Bau und Ausbau von Jugendherbergen, Jugendwanderheimen, Zeltlagerplätzen und Erholungsstätten gefördert.

In allen Bundesländern werden besondere Urlaubsgesetze für Jugendleiter geschaffen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird für die Aufstellung junger Kandidaten bei den Wahlen und für die Berufung geeigneter Nachwuchskräfte als Mitarbeiter verantwortlicher Persönlichkeiten sorgen. Damit will sie der Ämterhäufung entgegenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertraut darauf, daß die junge Generation ihre Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennt und daß sie bereit ist, an ihrem eigenen Schicksal und an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes gestaltend mitzuarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft das deutsche Volk auf, sich für die in ihrem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen. Von der Zustimmung des Volkes hängt die Verwirklichung dieses Programmes ab.

In ihrem Kampf läßt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus leiten, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 beschlossen wurden:

> *Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.*

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 7. 54
Druck: Westfalendruck, Dortmund